

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.2 - 63. Jahrgang

2. Februar 2013

## Rückenwind aus Niedersachsen

Das Ergebnis der Niedersachsenwahl gibt der SPD Rückenwind. SPD und Grüne haben die Koalitionsverhandlungen aufgenommen und wollen bis zur Konstituierung des neuen Niedersächsischen Landtags um den 19. Februar herum bereits weitgehend Einigkeit erzielen. Die Ein-Stimmen-Mehrheit in Niedersachsen hat auch Auswirkungen auf den Bundesrat, wo SPD und Grüne nun eigene Initiativen durchsetzen können.

„Die niedersächsische SPD hat im Wahlkampf auf die richtigen Themen gesetzt: Soziale Gerechtigkeit, bezahlbare Mieten und eine gute Bildungspolitik“, so der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Das sind die Themen, die die Menschen bewegen. Die soziale Gerechtigkeit stand im Mittelpunkt des Wahlkampfes.“ Als Oberbürgermeister von Hannover kenne Stephan Weil die Sorge der Menschen in den Ballungsräumen vor steigenden Mieten, so Stöß. Dies werde über den Bundesrat auch Auswirkungen auf die Bundespolitik haben. „Der Wahlausgang in Niedersachsen ist in jedem Fall auch eine gute Nachricht für Berlin“, erklärte der SPD-Landesvorsitzende.

Die Meinungsforscher in infratest-dimap konstatierten in Niedersachsen eine klare Stimmung für einen Regierungswechsel. 57 Prozent der Wählerinnen und Wähler sprachen sich dafür aus, nur 38 Prozent waren für eine Fortsetzung von schwarz-gelb. 48 Prozent wollten eine SPD-geführte Landesregierung, nur 44 Prozent eine CDU-geführte. Die Wahlbeteiligung stieg in Niedersachsen gegenüber der letzten Landtagswahl leicht um 2,3 Prozent. Die SPD konnte 128.811 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl gewinnen. Sie hat den stärksten Zugewinn aller Parteien bei den Nichtwählern (plus 90.000 Stimmen.) **weiter auf Seite 2**

Berlin:

## Zuverlässige Verwaltung

SPD-Fraktionsklausur: Personalkonzept wird entwickelt

Ein Personalkonzept für den öffentlichen Dienst, mehr Geld für Brennpunktschulen, der weitere Kitausbau, die Zukunft der S-Bahn und die Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Wirtschaftsraum waren einige der Themen, mit denen sich die SPD-Fraktion auf ihrer Klausurtagung in Kolberg beschäftigt hat.

Zwar soll der öffentliche Dienst künftig auf 100.000 Stellen begrenzt werden. Um aber die Funktionsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen, sollen vorübergehend zusätzliche Ausbildungsplätze angeboten werden und weitere Einstellungen erfolgen. „Insbesondere bei Behörden, mit denen viele Bürger in Kontakt stehen, müssen zumutbare Warte- und Bearbeitungszeiten garantiert werden“, so die Fraktion.

Die rund 120 Brennpunktschulen sollen künftig je rund 100.000 Euro erhalten, um damit - in eigener Entscheidung - nach Bedarf mehr Sozialarbeiter oder Honorarkräfte einzustellen oder Projekte zur Gewaltprävention zu finanzieren.

Bessere Verkehrsverbindungen nach Po-



Fraktionsklausurtagung in Kolberg mit Raed Saleh und Klaus Wowereit. Foto: Henning

len sollen die Zusammenarbeit im gemeinsamen Wirtschaftsraum stärken. „Wir müssen den Blick stärker nach Osten richten“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh. An der Klausurtagung im polnischen Kolberg nahmen auch die SPD-Senatsmitglieder, der geschäftsführende Landesvorstand sowie die Bundestagsabgeordneten teil. **BS □**

**Mehr zur S-Bahn auf Seite 3/4**  
**Mehr zur Klausurtagung auf Seite 7**

## „Für Zusammenhalt sorgen“

Steinbrück setzt 4 Leitthemen für den Richtungswechsel

Die SPD hat auf einer zweitägigen Klausurtagung in Potsdam die Grundlagen für den Bundestagswahlkampf und für ein Regierungsprogramm gelegt. In einer einstimmig verabschiedeten Erklärung hat der erweiterte SPD-Parteivorstand am Montag in Potsdam konkrete Ziele und Maßnahmen für eine sozial gerechtere Gesellschaft beschlossen.

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück stellte in Potsdam seine vier Leitthemen für einen Richtungswechsel in Deutschland vor: Gerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung; Wirtschaft, Innovation und Wachstum als Voraussetzung für sozialen und kulturellen Wohlstand; Sicherheit und

Vorsorge als Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft sowie ein freies und selbstbestimmtes Leben in unserer moder-

### IN DIESER AUSGABE:

KREATIV IN WEISSENSEE	S. 6
FELGENTREU ZUR FAMILIENPOLITIK	S. 9
TV-TIPP: NACHT ÜBER BERLIN	S. 12
MIT DER BS INS THEATER	S. 16

nen Gesellschaft. Mit diesen Leitthemen werde ein Kontrastprogramm zu Schwarz-gelb entworfen. Die SPD wird sich vor allem um die Themen Finanzmärkte, um Arbeit und Löhne, Bildung, Rente, Gesundheit, Pflege und eine gerechte Steuerpolitik kümmern. **BS □**

# Kandidatin im Wahlkreis Europa

Laura Garavini bewirbt sich um die Stimmen der zwei Millionen Auslandsitaliener

**Wenn alles gut geht, zieht im Februar zum zweiten Mal eine Deutsch-Italienerin ins Römische Parlament ein: Laura Garavini holte sich hochkarätige Wahlhelfer ins Boot, als sie am Sonntag in Berlin den Startschuss für ihre Wahlkampagne abgab: Allen voran Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse („Habe mich als Deutscher für Berlusconi Politik geschämt“), Wolfgang Wieland (MdB) von den Grünen („Alle fragen immer: Wo ist eure Toskana-Fraktion geblieben?“) sowie Rosy Bindi, Vizepräsidentin der Italienischen Abgeordnetenkammer und Präsidentin der Demokratischen Partei.**

Eine wahre Herausforderung stellt der Wahlkreis von Laura Garavini dar. Denn er heißt schlichtweg „Europa“. Zwei Millionen Auslandsitaliener sind wahlberechtigt, von Gibraltar bis Wladiwostok, wie es auf der Homepage der studierten Politologin und einstigen Leiterin der italienischen Sozialberatungsstelle der Gewerkschaft Uil in Berlin heißt. Garavini ist verheiratet und Mutter einer 16jährigen Tochter. Ihr gelang es 2008, für den Partito Democratico einen Sitz zu erobern und mit ihrer Initiative für ein Anti-Mafia-Gesetz auch in Deutschland für Schlagzeilen zu sorgen.

Das Phantom „Berlusconi“ schwebt über



Laura Garavini.

Foto: Omar Leonardo

allen, denn er wurde nicht nur zum Schreckgespenst der italienischen, sondern auch der europäischen Politik: Man solle ihn nicht unterschätzen, er sei skrupellos und arbeite auch mit antidemokratischen Kräften zusammen, argwöhnte die Parlamentarierin Rosy Bindi. Der deutsche Schriftsteller, bekennende Italienfan und Garavini-Unterstützer Peter Schneider („Rebellion und Wahn, Mein 68“) stieß ins selbe Horn, als er darauf hinwies, dass Berlusconi Italiens Demokratie an den Abgrund geführt habe und dank seiner Medienmacht beträchtlichen ideologischen Einfluss ausübe. Er wolle, so Schneider, dazu beitragen, wieder das

Kulturland Italien stärker ins Bewusstsein zu rücken, das der Welt die Oper und Michelangelo geschenkt habe.

Laura Garavini Credo lautet folgerichtig, „der europäische Horizont der Auslandsitaliener tut Italien gut“. Ihre politische Bilanz nach fünf Jahren Parlamentsarbeit kann sich sehen lassen: Sie hat sich dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen genauso verschrieben wie dem Kampf für die Frauenquote und hat mit dafür gesorgt, dass die Privilegien bei den italienischen Abgeordneten abgebaut wurden. Dass sie für Hunderte von Wahlkampfauftritten quer durch Europa einen langen Atem benötigt, schreckt sie nicht. Sie streitet für ein „soziales und gerechtes Italien, das sich Europa zuwendet“.

-ny □

## POLITIK PERSÖNLICH

**Günther Schulze**, langjähriger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in Steglitz-Zehlendorf, Sprecher des Netzwerks Integration Südwest (NIS) und seit vielen Jahren auch bundesweit in



der Zuwanderungsdebatte tätig, ist einstimmig zum Vorsitzenden des Integrationsbeirates Steglitz-Zehlendorf gewählt worden. Seit Mitte Januar gibt es den Beirat, der die Steglitz-Zehlendorfer Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt in Zuwanderungsfragen beraten und Ansprechpartner für die Menschen im Bezirk sein wird. Dem Beirat gehören Vertreterinnen und Vertreter von zehn Vereinen und Verbänden an.

PM □

## Rückenwind aus Niedersachsen

Fortsetzung von Seite 1

Zudem profitierte die SPD vom Zustrom von der CDU (37.000). Von der FDP kamen ersten Analysen zufolge 20.000 Stimmen, weitere 15.000 Wähler wanderten von der Linkspartei zur SPD. Allerdings gingen 49.000 Wählerinnen und Wähler auch von der SPD zu den Grünen. Die Grünen erhalten von den Jungwählerinnen und -wählern jede fünfte Stimme, von jungen Frauen sogar jede vierte. Die Piraten haben ihre besten Ergebnisse bei den jungen Männern: Hier wählt sie jeder zehnte.

Stärkste Partei wurde die SPD in den Altersgruppen 18 bis 24 Jahre sowie 45 bis 59 Jahre. Die Piraten kommen lediglich in den Altersgruppen bis 34 Jahren über die 5-Prozenthürde. Die SPD gewinnt bei den Beamten überdurchschnittlich und wird in dieser Gruppe wie auch bei den Arbeitern und Angestellten stärkste Partei. Die Linken verlieren in allen Altersgruppen, insbesondere aber bei Arbeitern und Arbeitslosen, bei denen sie 2008 besonders erfolgreich waren, 40.000 ihrer früheren Wähler gehen nicht zur Wahl.

Nur noch für ein knappes Viertel der nie-

dersächsischen Wählerinnen und Wähler spielten langfristige Loyalitäten zu einer Partei eine Rolle. Wahlentscheidend waren vor allem Sachfragen und hier vor allem Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Bildung und Arbeitsmarkt.

Die Themen hatten dabei für die Parteien ein unterschiedliches Gewicht. Auf die Frage von infratest dimap, welche Aspekte für die Wahlentscheidung letztlich ausschlaggebend waren, stand das Thema Wirtschaft bei Wählerinnen und Wählern von CDU (46%) und FDP (56%) im Vordergrund. Bei gleich vier Parteien hat aber das Thema Soziale Gerechtigkeit eine hohe Bedeutung für die Wahlentscheidung: SPD (42), Grüne (34), Linke (60) und Piraten (40). Für SPD-Wählerinnen und Wähler ist zudem Bildung (32) ein Entscheidungskriterium. Für immer mehr Wählerinnen und Wähler entscheidet sich die Stimmabgabe in der Wahlkabine. 15 Prozent der Wähler in Niedersachsen entschieden sich erst am Wahltag, weitere 17 Prozent in den Tagen davor und weitere 18 Prozent in den Wochen davor.

BS □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin

**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

S-Bahn:

# Für eine zügige Lösung

## SPD-Fraktion will funktionierenden Bahnbetrieb sichern

Seit mehreren Jahren müssen die Berlinerinnen und Berliner das S-Bahn-Chaos ertragen. Überzogene Renditeerwartungen, Missmanagement und marode Technik haben aus einem früher vorbildlichen Verkehrsmittel eines der unzuverlässigsten weit und breit gemacht. Die neuerlichen Probleme der S-Bahn nahm die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus jetzt zum Anlass, den Abschlussbericht Teil S-Bahn der Arbeitsgruppe Daseinsvorsorge zu besprechen und die Weichen für einen zukünftig verlässlichen Betrieb der S-Bahn zu stellen.

Die AG Daseinsvorsorge (oder kurz AG Davos) hatte im Februar 2012 ihre Arbeit aufgenommen. Zu den Themen Rekommunalisierung der Gas- und Stromnetze, Erhöhung des Einflusses auf die Berliner Wasserbetriebe und Umgang mit der S-Bahn kamen die neun Abgeordneten regelmäßig zusammen. Es gab umfangreiche Zuarbeiten von den Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Finanzen, außerdem wurden externe Fachleute und sogar die Chefin der BVG befragt. Im September



Daniel Buchholz leitet die AG Daseinsvorsorge (Davos) in der SPD-Fraktion Foto: SPD

2012 legte die AG Davos ihren Abschlussbericht zur Berliner S-Bahn vor.

Trotz manch hitziger Debatte und unterschiedlicher Bewertungen im Detail fiel das Votum der AG einstimmig aus: Die Zukunft der S-Bahn ab 2017 lässt sich am besten sichern, wenn das Gesamtnetz aus einer Hand betrieben wird, vorzugsweise durch ein kommunales Unternehmen (siehe vollständigen Abschlussbericht unten).

Das entspricht auch weitestgehend den Beschlüssen des SPD-Landesparteitages.

Da der Senat bereits im Juni 2012 eine Teilausschreibung des S-Bahnringes plus Zulauf im Südosten gestartet hatte, geht der Bericht der AG Davos auch auf diesen Aspekt ein. Es wird dringend empfohlen, parallel zu dieser ersten Teilausschreibung einen „Plan B“ zu prüfen und belastbar vorzubereiten: Die Vergabe an eine (neue) landeseigene Betreibergesellschaft (sog. In-house-Vergabe). Sollte die Ausschreibung scheitern oder der vom Senat allen Bewerbern frühzeitig mitgeteilte Parlamentsvorbehalt „gezogen“ werden, könnte somit ohne erneuten Zeitverlust auf die kommunale Lösung umgeschwenkt werden.

Dieser Empfehlung ist die SPD-Fraktion am 29.02.2013 einstimmig gefolgt, da sich durch einen Einspruch der Deutschen Bahn bereits jetzt rechtliche Probleme mit der vom Senat gestarteten Teilausschreibung zeigen.

Gleichzeitig wurde beschlossen, dass der Senat die Teilausschreibung mit verkürzten Fristen rechtssicher anpassen soll. Außerdem lehnt die SPD-Fraktion eindeutig eine Beschaffung neuer S-Bahnfahrzeuge durch das Land zur Überlassung an Dritte ab, da bei dieser Variante eine Vielzahl von Bewerbern ohne wirtschaftliches Risiko in den Betrieb der S-Bahn einsteigen könnte.

Daniel Buchholz □

Dokumentiert:

# Zukunft der Berliner S-Bahn sichern

## Stellungnahme der AG Daseinsvorsorge der SPD-Fraktion

**Die AG Daseinsvorsorge in der SPD-Fraktion hat im vergangenen Jahr ein Positionspapier zur S-Bahn beschlossen. Die BERLINER STIMME dokumentiert das Papier im Wortlaut.**

Bis etwa 2007 galt die Berliner S-Bahn als eines der zuverlässigsten S-Bahn-Systeme Europas. Seither ist ein Leistungsrückgang zu beklagen, der in den Jahren 2008, 2009 und 2010 mit gravierenden Leistungseinbrüchen seinen Höhepunkt gefunden hat. Allein 2010 fielen 20 Prozent der Fahrten aus. In den Wintermonaten lag die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit bei unter 40 Prozent. Die Fahrgäste der S-Bahn sind dadurch teilweise bis heute erheblichen Beeinträchtigungen und nicht akzeptablen Mobilitätseinschränkungen ausgesetzt. Die Gründe liegen in einem Zusammenwirken von überzogenen (Personal-)Rationalisierungen in Folge des vom Mutterkonzern ausgeübten Renditedrucks, daraus resultierenden Wartungsdefiziten, einem Managementversagen der S-Bahn-Leitung und Konstruktionsmängeln der neuen Fahrzeuge.

Die AG Daseinsvorsorge hat sich intensiv mit den rechtlichen, finanziellen, techni-

schon und personalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den politischen Zielsetzungen des bisherigen und eines künftigen S-Bahnvertrages beschäftigt. Dazu wurden auch Anhörungen externer Experten und von Betriebsangehörigen durchgeführt.

Der laufende Verkehrsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg mit der S-Bahn Berlin GmbH wurde im August 2004 unterzeichnet. Er wirkt rückwirkend ab 1.1.2003 und hat eine Laufzeit bis zum 14.12.2017. Anfang 2010 und Anfang 2012 wurden vertragliche Änderungen in Form von Sanktionsmöglichkeiten, höheren Qualitätsanforderungen und ein „Mehrleistungspaket“ vereinbart.

Alle Verkehrsverträge werden zukünftig als sogenannte Bruttoanreizverträge ausgeschrieben. Die Fahrgelderlöse stehen dabei vollständig dem Land Berlin zu. Ein Mehr an Fahrgästen führt folglich nicht zu höheren Einnahmen des Betreibers. Stattdessen werden pekuniäre Anreize zur Gewinnung von Fahrgästen im Rahmen des Betreibervertrags vereinbart.

Grob gerechnet decken die Fahrgeldeinnahmen ungefähr die Hälfte der gesamten

Kosten (jährlich insgesamt rund 550 Millionen Euro) des S-Bahn-Verkehrs einschließlich Infrastruktur, die andere Hälfte sind Zuschüsse des Landes Berlin (sog. Bestellerentgelt). Mit Bruttoanreizverträgen wird letztlich der gesamte S-Bahn-Verkehr vom Land Berlin bestellt und bezahlt. Die verschiedenen Varianten eines privaten oder kommunalen Betriebs unterscheiden sich damit strenggenommen nur bezüglich der (Vor-)Finanzierung eines neuen Wagenparks bis zur Aufnahme des Betriebs.

Das Berliner S-Bahn-Netz ist in mehrfacher Hinsicht ein Inselnetz. Die technischen Besonderheiten (750 Volt Gleichspannung aus einer seitlichen Stromschiene, Tunnelhöhen, Achslasten, spezielles Zugsicherungssystem) sind so gravierend, dass die Berliner S-Bahnen letztlich Spezialfahrzeuge sind. Der Austausch von Fahrzeugen mit anderen S-Bahn-Betreibern ist nicht möglich.

Für einen dauerhaft sicheren S-Bahn-Betrieb sind wegen der bekannten Mängel der vorhandenen Baureihen vollständig neue Fahrzeuge zu entwickeln und zu produzieren. Von der Beauftragung bei einem

Fortsetzung Seite 4

**Fortsetzung von Seite 3**

Hersteller bis zur Auslieferung eines Wagenparks von ca. 200 Viertelzügen setzt der Senat rund 6,5 Jahre an (Entwicklung, Zulassung, Erprobung, Herstellung). Für den Betrieb des Gesamtnetzes wären rund 690 Viertelzüge notwendig. Es wird daher unabhängig von der gewählten Eigentümer-Variante nach dem Auslaufen des bisherigen Verkehrsvertrags am 14.12.2017 zu einem mehrere Jahre dauernden Übergang kommen müssen, der den Weiteinsatz der vorhandenen Fahrzeuge und vertragliche Interimslösungen mit der S-Bahn Berlin GmbH erfordert. Dieser Übergang zu einem vollständig neuen Wagenpark wird eventuell erst zehn Jahre nach Beginn eines neuen Vertrags abgeschlossen sein.

Da ein privater Betreiber erst nach einer verbindlichen Zuschlagserteilung (voraussichtlich Mitte 2014) eine Bestellung auslösen kann, ergäbe sich für eine kommunale Betreibergesellschaft ein Zeitvorteil.

Ein Wettbewerbsverfahren oder eine Eigenerbringung durch die Länder darf nicht zu Lasten der S-Bahn-Mitarbeiter gehen. Durch die (vom Senat vorgesehene) Anordnung eines Betriebsübergangs für das Betriebspersonal ist dies in jedem Fall zu gewährleisten.

**Alternative A: Direktvergabe.** Die Direktvergabe an ein kommunales Unternehmen ist rechtlich unumstritten möglich, im Unterschied zu anderen Alternativen. Die Direktvergabe kann über eine Beauftragung der BVG oder über die Gründung einer neuen landeseigenen Gesellschaft erfolgen. Dafür wären bereits vor der Aufnahme des Betriebs entsprechende Vorlaufkosten und -investitionen durch das Land zu übernehmen. Die laufenden Zahlungen ab 2018 würden sich entsprechend verringern.

Die Direktvergabe führt zum Verkehrsangebot aus einer Hand und ermöglicht eine gemeinsame Steuerung. Es muss keine mehrjährige Ausschreibung durchgeführt werden, dies bedeutet einen erheblichen Zeitgewinn. Ein landeseigenes S-Bahn-Unternehmen muss keinen Unternehmergewinn erzeugen. Die vollständige Betriebs- und Investitionsverantwortung läge beim Land Berlin. Hierbei ist auch die Einrichtung eines von der BVG getrennten kommunalen Betriebes zu prüfen.

**Alternative B: Teilausschreibung.** Das vom Senat beauftragte Rechtsgutachten kommt zu einem ähnlichen Ergebnis wie der Wissenschaftliche Parlamentsdienst des Abgeordnetenhauses (WPD). Beide ziehen eine Ausschreibung des S-Bahnnetzes in Teillosen einer Gesamtnetzausschreibung vor, da diese als rechtssicherer angesehen wird. Zu den vorliegenden Rechtsgutachten bestehen weiterhin unterschiedliche Auffassungen.

Im Landeshaushalt sind mehrere Varianten



S-Bahn: Wieder mehr Zugausfälle. Foto: Horb

ten (Teilnetz- oder Gesamtnetz-Ausschreibung, Vergabe an ein landeseigenes Unternehmen) mit entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen abgebildet.

Der Senat hat am 19. Juni 2012 beschlossen, den S-Bahn-Ring und die Zulaufstrecke Südost „transparent und diskriminierungsfrei“ europaweit auszuschreiben. Es entsteht ein Wettbewerb, in dem sich die Bahn potenziellen Konkurrenten gegenüber sieht. Die Verhandlungsposition des Landes gegenüber den (potenziellen) Netzbetreibern wird gestärkt.

Risiken entstehen durch eine mögliche Zersplitterung des Netzes und mögliche Abstimmungsprobleme zwischen verschiedenen Betreibern und unterschiedlichen Fahrzeugtypen im S-Bahn-Netz. Dies gilt umso mehr, als die beiden folgenden Teilnetze (Nord-Süd-Strecken und West-Ost-Strecken auf der Stadtbahn) zu späteren Zeitpunkten ebenfalls ausgeschrieben werden müssen.

Die Vorlaufkosten für den Teilnetzbetrieb (Ausschreibungserstellung, Definition Fahrzeuganforderungen, Entwicklung und Kauf der Fahrzeuge, Betriebsrisiken) wird jeder Bieter in sein Angebot vollständig einkalkulieren.

**Alternative C: Gesamtnetzausschreibung.** Eine Ausschreibung des gesamten S-Bahnnetzes wird von den genannten Gutachtern kritisch gesehen (s. oben). Die Gesamtnetzausschreibung ist naturgemäß der Teilnetzausschreibung sehr ähnlich.

Vorteil dieser Variante ist das Komplettangebot aus einer Hand. Damit gibt es einen Ansprechpartner für den gesamten S-Bahn-Verkehr in Berlin, Abstimmungsprobleme sind nicht möglich. Ein Risiko ergibt sich aus der Monopolstellung des Anbieters und ggf. der Erpressbarkeit des Landes. Das Volumen der Gesamtvergabe im Milliardenbereich ermöglicht nur wenigen, ggf. nur einem Unternehmen, zu bieten. Gegebenenfalls entsteht eine Abhängigkeit durch lediglich einen neuen S-Bahn-Fahrzeugtyp.

**Fazit.** Die SPD-Fraktion bekennt sich zu einem starken öffentlichen Einfluss auf Unternehmen der Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir Ziele der Versorgungssi-

cherheit und Wirtschaftlichkeit dauerhaft mit Zielen der Nachhaltigkeit und der Absicherung sozialer Standards verbinden. Die Sicherstellung von Mobilität ist für uns ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, wohin eine verantwortungslose Sparpolitik bei einem ehemaligen Vorzeigunternehmen führen kann - selbst wenn es formal in staatlicher Hand ist. Die Zeche haben die Berlinerinnen und Berliner gezahlt, die auf einen reibungslosen S-Bahn-Betrieb angewiesen sind.

Nach Auswertung aller vorliegenden Informationen und der Abwägung der Vor- und Nachteile verschiedener Varianten ist das Fazit der AG Daseinsvorsorge eindeutig. Das Berliner S-Bahn-Netz ist als Gesamtnetz in öffentlicher Verantwortung zu betreiben, vorzugsweise durch ein kommunales Unternehmen. Der Einfluss des Landes wäre damit dauerhaft gesichert, ebenso wie die Kontrolle durch die Landesregierung und das Parlament.

Effizienzvorteile eines privaten Betreibers gegenüber einem modernen und nach wirtschaftlichen Maßstäben organisierten kommunalen S-Bahn-Betreiber sind kaum zu erwarten, zumal private Betreiber naturgemäß einen Unternehmergewinn einkalkulieren. Argumente einer fehlenden Finanzierungsmöglichkeit für einen neuen kommunalen Betreiber laufen komplett ins Leere, da letztlich die gesamten Kosten des S-Bahn-Betriebs einschließlich der Infrastrukturkosten bei allen Varianten durch das Land getragen werden. Ein Unterschied ergibt sich lediglich durch den Zeitpunkt, wann diese zu erbringen sind. Beim Aufbau eines neuen kommunalen Betreibers sind die Vorlauf- und Investitionskosten bereits bis 2017 durch das Land zu tragen. Ein privater Betreiber hätte diese Kosten zwar ebenfalls, könnte sie aber erst mit dem Beginn des Verkehrsvertrags ab 2017 durch die jährlichen Zahlungen refinanzieren.

Der Senat hat am 19. Juni 2012 die Teilnetzausschreibung des S-Bahn-Rings plus Zulauf Südost beschlossen. In der entsprechenden Abgeordnetenhaus-Vorlage wird ein Parlamentsvorbehalt beschrieben, auf den alle Bieter bereits mit der Ausschreibung hingewiesen wurden (Drs. 17/0426, S. 9). Damit dieser Parlamentsvorbehalt mangels Alternative und wegen des zeitlichen Drucks nicht ins Leere läuft, ist es zwingend erforderlich, dass bei der BVG unverzüglich eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, die ausreichend finanziell und personell auszustatten ist. Diese AG soll ein Konzept einschließlich einer fundierten finanziellen Abschätzung zur Übernahme des ausgeschriebenen S-Bahnnetzes durch ein landeseigenes Unternehmen erstellen, dass bis spätestens Ende 2013 vorliegen muss. **BS** □

Wohnungspolitik:

# Bundesweite Mietbremse durchsetzen

Cansel Kiziltepe: „Mietpreisfrage darf nicht zur sozialen Frage werden“

**Tante Hatice lebt seit 1973 in Deutschland. Lange Jahre arbeitete sie als Fabrikarbeiterin, zog im Bergmannkiez drei Kinder groß. Mit den beiden Töchtern bin ich aufgewachsen. Körperlicher Verschleiß hat Hatice zur Rentnerin gemacht, zur Empfängerin einer schmalen Erwerbsminderungsrente. Schließlich hat sie der Gentrifizierung weichen müssen, die mit steigenden Mieten einhergeht. Heute wohnt Hatice am Kottbusser Tor - noch!**

Denn steigende Mieten verdrängen einkommensschwache Mieterinnen und Mieter aus ihren Kiezen an die Peripherien, nicht nur in Berlin. Man reißt sie aus ihrem sozialen Umfeld. Viele von ihnen kommen mit der neuen Situation nicht klar, immer mehr fragen sich, weshalb die Verantwortlichen - also die Politikerinnen und Politiker - sich nicht einsetzen für sie und ihre Belange. Die soziale Mischung in den Innenstadtbezirken, die Berlin jahrzehntelang geprägt hat, ist in Gefahr. Die in der Statistik der Jobcenter ausgewiesene Zahl der Ummeldungen von Grundsicherungsempfängern - weg aus der Innenstadt, raus an den Stadtrand - spricht Bände.

Grund sind rasant steigende Mieten sowie ein Mangel an bezahlbaren Alternativen. Kommunale Wohnungsbestände wurden in den letzten Jahren massiv privatisiert. Seit 2002 ist die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland um rund ein Drittel zurückgegangen. Aktuell fehlt es in Deutschland an vier Millionen Sozialwohnungen. Allein in Berlin liegt die Zahl nach Angaben des Pestel-Instituts bei 428.000.

Die Bestandsmieten in unserer Stadt sind im letzten Jahr um etwa 10% gestiegen, die Mieten bei Neuvermietungen um mehr als 20%. Die Marktdynamik im Luxussegment ist beachtlich: So wuchs im letzten Jahr der Markt für Immobilien mit einem Kaufpreis von über 750.000 Euro um 25%. Mehr und mehr Wohnungen werden luxussaniert oder zweckentfremdet. Das führt zur Wohnungsknappheit, die sozial Schwache, aber auch Menschen mit mittleren Einkommen zu spüren bekommen. Es muss endlich Schluss sein mit Mietwucher und den Auswüchsen der Spekulation in „Beton-Gold“.

Berlin sei eben eine gefragte Stadt, hört man. Diese Entwicklung sei eine typische und spiegele die Attraktivität der Stadt wider. Derlei Parolen dürfen Sozialdemokraten nicht unwidersprochen stehen lassen. Wir Sozialdemokraten wollen keine Banlieues, die Paris oder andere Städte charakterisieren, wir wollen Menschen nicht an



Engagiert sich für bezahlbare Mieten: Cansel Kiziltepe, Sozialdemokratin in Friedrichshain-Kreuzberg.

Foto: Pauk

die Peripherien verdrängt und neuartige Vorstadtlums entstehen sehen. Wir Sozialdemokraten müssen uns auch in Zukunft für die angemessene Wohnungsversorgung breiter Schichten einsetzen. Die Wohnungsversorgung darf nicht allein dem Markt überlassen werden. Denn wir sind die Mieterpartei!

## DAUEREINSATZ IM PROTEST-GECEKONU

Berlin ist eine Mieterstadt: 86% der Berliner Haushalte sind Mieterhaushalte. Doch die Politik zieht sich seit Jahren aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus zurück: Von sozialer Wohnungspolitik kann schon lange keine Rede mehr sein. Das bekommt auch Tante Hatice hautnah zu spüren. Laut Berliner Mietspiegel liegen die Mieten im sozialen Wohnungsbau mit durchschnittlich 5,47 Euro/qm über dem durchschnittlichen Wert für frei finanzierten Wohnraum. Für Geringverdiener, Grundsicherungsempfänger und Mini-Rentner hat das schicksalhafte Folgen. Deshalb engagiert sich Hatice mit vielen anderen Betroffenen rund um das Kottbusser Tor in der Mieterinitiative Kotti & Co. Seit über acht Monaten kämpft die Initiative für sozialverträgliche Mieten - mit Dauerprotest in ihrem „Protest-Gecekondu“ am Kottbusser Tor und mit regelmäßigen Demonstrationen. Der Erfolg der Mieterinitiative ist bemerkenswert.

Der Senat hat im September 2012 das „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ beschlossen und zusammen mit den Spitzen der sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften unterzeichnet. Darin werden Mieterhöhungen gedämpft und ein Teil der Wohnungen bleibt Geringverdienern vorbehalten. Das Mietenbündnis soll die Regelungen umset-

zen, die der Berliner Senat mit seiner in 2012 gescheiterten Bundesratsinitiative zur Änderung des Mietrechts anstrebte: Statt 20% Mieterhöhung in drei Jahren nun 15% in vier Jahren, statt 11% Modernisierungsumlage nun 9%. Zudem wird für Geringverdiener eine Kappung der Mietbelastung eingeführt: 30% des Nettoeinkommens für die Kaltmiete.

Dieses Mietenbündnis hilft den Betroffenen angesichts der aktuellen Höhe der Bestandsmieten jedoch wenig. Auf die weitergehenden Proteste der Mietergemeinschaft Kotti & Co. und eine im November abgehaltene Arbeitskonferenz reagierte der Senat im Dezember 2012 mit einer Absenkung der Mieten für rund 35.000 Sozialwohnungen in 16 Wohnsiedlungen in den Jahren 2013-2014 auf 5,50 und zwischen 2015-2017 auf 5,70 Euro/qm.

Hatice und ihre Mitstreiter zeigen sich beeindruckt von den politischen Reaktionen. Ihr Protest scheint Gehör gefunden zu haben. Doch der Teufel steckt im Detail: Vielen Grundsicherungsempfängern droht die Zwangsrummung, weil die Mietbegrenzung die Vorgabe des Jobcenters weit überschreitet, die bei 4,91 Euro/qm nettokalt liegt. Das Mietenkonzept des Senats hält die Verdrängung der Hartz-IV-Empfänger nicht auf.

## HARTZ IV: SÄTZE FÜR UNTERKUNFT ANHEBEN

Vernachlässigt werden die hohen Betriebskosten. Der Anteil der Menschen in Hartz IV-Bezug ist in Friedrichshain-Kreuzberg mit 24% überdurchschnittlich hoch (Berlin 20,6%). Daher ist die zentrale Forderung der Mieterinitiative, dass die Sätze für die Kosten der Unterkunft angehoben werden. Eine nachhaltige Lösung wird auch in einer Kommunalisierung des Wohnungsbestandes im Umfang von 150.000 Wohnungen gesehen. Daher protestieren die Mieter beharrlich weiter. Sie wollen ihren Kiez nicht verlassen.

Die Mietpreisfrage darf nicht zur sozialen Frage werden. Sie ist ein konkreter Ansatzpunkt für Sozialdemokraten in der Debatte um soziale Gerechtigkeit. Wohnen ist ein Grundrecht und zu Recht in der Verfassung verankert. Deshalb ist es richtig, dass die SPD eine bundesweite Mietbremse durch eine Änderung des Mietrechts fordert, nach der Neuvermietungs-mieten gekappt werden sollen. Der Bundesrat wird nun eine neue Initiative zum Mietrecht starten. Die neue Mehrheit macht das möglich. **Cansel Kiziltepe** □

Gewerberäume:

# Weißensee im Wandel

## Rundgang zu Unternehmen der Kreativbranche

**Fehlende Gewerberäume und steigende Mieten - das waren Themen beim 2. Wahlkreistag von Dr. Clara West, der Weißenseer Anwohner und Gewerbetreibende zusammen mit dem Pankower Bezirksbürgermeister Matthias Köhne und dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD Max Neumann zu drei ortsansässigen Unternehmen der Kreativbranche führte.**

Von der Goldleistenfabrik, einem Zentrum für Kreativwirtschaft, in dem kleine Kreativunternehmen Raum und auch eine entsprechend gut vernetzte Infrastruktur zu bezahlbaren Preisen finden können, ging es zum mittlerweile sehr erfolgreichen Internet-Musikfernsehsender tape.tv und der Kunsthalle am Hamburger Platz, wo die Räume eines ehemals leerstehenden Kaisers-Marktes von der Kunsthochschule Weißensee zu Ausstellungsräumen umfunktioniert wurden.

Alle drei Beispiele zeigten eindrücklich, wie aus einer guten Idee, viel Schaffenskraft und günstige Umgebungsbedingungen erfolgreiche Projekte entstehen, sich stabilisieren und sogar wachsen können. So sind die ehemaligen Büroräume des Musiksenders tape.tv inzwischen größtenteils verwaist und finden nur noch zu Produktionszwecken Verwendung, weil das Unternehmen in den letzten Jahren so stark gewachsen ist, dass der Standort in der Langhansstr. schlicht zu klein für die gestiegene Anzahl der Mitarbeiter geworden ist. Und auch die neuen Räume in der



Rundgang zu Kreativorten.

Foto: Holtz

Grabeallee werden, erklärte Chris Heidrich, Assistenz der Geschäftsleitung, nicht mehr lange ausreichen - es wird weiter expandiert. Eine ähnliche Erfolgsgeschichte hatte auch Bettina Tacke von der Goldleistenfabrik zu erzählen. Man sei mit der Idee eines Zentrums für Kreativwirtschaft bewusst nicht nach Mitte oder Prenzlauer Berg gegangen, trotz der vielen Kreativen dort, da in diesen Bezirken die Mieten einfach zu teuer waren. Es hat eine Weile gedauert, ehe alle Räume tatsächlich vermietet waren und der Standort angenommen wurde. Mittlerweile aber sind alle Räume vermietet und die Warteliste voll. Die Kunsthalle am Hamburger Platz wiederum wird vom Vermieter der Räume, der Gesobau, unterstützt.

Genau diese günstigen Bedingungen - wie ausreichende Gewerberäume, bezahlbare Mieten, ein noch nicht ganz perfekt durchorganisiertes Umfeld und viele kreative Köpfe - findet man hier im Kiez zwischen Ostseeestr., Gustav-Adolf-Str. und der

Berliner Allee noch in einem Maße, wie es in anderen Bezirken Berlins schon seit geraumer Zeit nicht mehr der Fall ist. Aus Sicht des Bezirksbürgermeisters Matthias Köhne zeigt sich immer deutlicher: „Der Verteilungskampf um die Gewerberäume wird härter. Langfristig geht die Entwicklung in Weißensee in Richtung Prenzlauer Berg.“ Aufgabe der Politik, so Köhne, sei es, die widerstreitenden Interessen - vor allem zwischen Wohn- und Gewerbebedürfnissen - nicht gegeneinander auszuspielen, sondern einen Weg zu finden, allen möglichst gerecht zu werden.

In der anschließenden Diskussion in der Brotfabrik brachte eine Gruppe von Gewerbetreibenden aus der Gustav-Adolf-Str. ihre Sorgen über den Zustand dieser Einkaufsstraße zum Ausdruck. Hier gebe es eindeutig ein Zuviel an Leerstand, die Straße wirke dadurch an manchen Stellen verwahrlost und unattraktiv, was wiederum die ansässigen Händler durch sinkende Umsatzzahlen zu spüren bekommen. Sogar von einer „sterbenden Straße“ wurde gesprochen. An dieser Stelle zeigte sich Matthias Köhne froh, auf diese Weise von dem sich in der letzten Zeit entwickelten Problem von den Betroffenen selbst mitbekommen zu haben. Er zeigte sich optimistisch, hier gemeinsam mit den ansässigen Händlern Lösungsansätze für eine positive Wirtschaftsentwicklung der Straße finden zu können und bot genau zu diesem Thema einen weiteren Termin an.

Und als Arbeitsauftrag an die Politik, vor allem von den Unternehmern selbst, konnte der Wunsch nach einem stärkeren Einfluss der Politik auf die zukünftige Vergabepraxis mitgenommen werden. Ein Anliegen, was sich die Berliner SPD bereits seit einiger Zeit zur Aufgabe gemacht hat.

Julia Holtz ☐

# Schuldenabbau und Investitionen

## Thorsten Karge lud Unternehmer zum Gespräch mit dem Finanzsenator

**Fragen der Nachwuchsförderung und einer erfolgreichen Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen und Wirtschaft bewegten die Mitglieder des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft Unternehmerverband Deutschland e.V. (BVMW), die auf Einladung des Reinickendorfer SPD-Abgeordneten Thorsten Karge zum Gespräch mit Finanzsenator Ulrich Nußbaum gekommen waren.**

Zu Beginn der Veranstaltung schilderte Senator Nußbaum die finanzielle Situation im Land Berlin: Neben dem erwirtschafteten Jahresüberschuss in 2012 - u.a. durch Ersparnisse im Bereich des öffentlichen Dienstes - nannte er die wachsende Einwohnerzahl und die stetig wachsende



Unternehmertreffen mit Ulrich Nußbaum und Thorsten Karge.

Start up-Szene, die einen positiven Effekt auf die Berliner Wirtschaftslage haben. Konkrete zukünftige Herausforderungen seien die Tilgung der Schulden des Landes Berlin, die Verringerung des vorhandenen

strukturellen Defizits und die damit verbundenen Investitionen in die Infrastruktur sowie geplante Ausgaben im Bildungsbereich und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Die rund 40 anwesenden Unternehmer sprachen die Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen an, die finanzielle Unterstützung und nannten Lehrermangel als Kritikpunkt. Daneben sprachen die Gäste die Gestaltung von öffentlichen Ausschreibungen und die Bevorzugung von Berliner Unternehmen, die Situation der Berliner S-Bahn sowie die Vergabe der Strom- und Gas-Konzessionen in Berlin an. Dr. Ulrich Nußbaum und Thorsten Karge gingen auf die Anliegen ein und nahmen die Anregungen interessiert auf. **PM** ☐

SPD-Fraktion:

# „Wachstum vor der Haustür“

## Klausurtagung der SPD-Abgeordneten im polnischen Kolberg

Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses ist von 25. bis 27. Januar 2013 zu ihrer traditionellen Klausurtagung gefahren. Ziel der Reise war diesmal Kolobrzeg (Kolberg) in Polen. „Wir haben den Ort nicht zufällig gewählt. Polen hat die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft Europas“, sagte Fraktionschef Raed Saleh in seiner Eröffnungsrede, „und dieses Wachstum findet vor unserer Haustür statt“. Mit der Klausurtagung wollte die Fraktion deutlich machen, dass Berlin, Brandenburg und Westpolen eine gemeinsame Region sind mit gemeinsamen Chancen und mit gemeinsamen Aufgaben, z.B. bei der Infrastruktur und dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt.

„WIR WOLLEN NÄHE AUFBAUEN“

Der SPD-Fraktion wurde in Kolobrzeg ein sehr herzlicher Empfang bereitet. Der Marschall der Region Westpommern, Olgierd Geblewicz sprach ein Grußwort auf der Klausurtagung. Der Kolberger Bürgermeister Janusz Gromek begrüßte die deutsche Delegation im Rathaus. Beide betonten die Bedeutung des gegenseitigen Austausches und der Verständigung. SPD-Fraktionschef Raed Saleh sagte: „Wir wollen Nähe aufbauen - in Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch zwischen den Menschen beider Länder.“

Saleh würdigte in diesem Zusammenhang den SPD-Abgeordneten und Bundesverdienstkreuzträger Alex Lubawinski, der die Städtepartnerschaft zwischen Pankow und Kolberg mitbegründet hat und der auf der Klausurtagung eine unersetzliche Hilfe war.

GEDENKEN IN KOLOBRZEG

Raed Saleh sprach in Polen auch über die schmerzhafteste Geschichte Polens als Epizentrum des Holocaust: „Millionen polnischer Bürgerinnen und Bürger verloren durch deutsche Verbrechen ihr Leben, die blühende jüdische Kultur wurde fast vollständig ausgelöscht.“ Am Denkmal für die Vermählung Polens mit dem Meer, das Symbol für die Befreiung von Kolobrzeg, legte Saleh mit der Fraktion einen Kranz nieder. Zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust versammelten sich alle Klausurteilnehmer am Lapidarium auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof in Kolberg. Auch hier wurde ein Kranz niedergelegt.



Kranzniederlegung und Gedenken am Lapidarium auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof von Kolobrzeg. Fotos: Rolf Henning

Saleh sagte: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus fort.“ Auch wenn eine neue Generation von Berlinerinnen und Berliner heranwächst, es immer weniger Zeitzeugen gibt und viele Kinder und Jugendliche ihre Wurzeln in aller Welt haben. „Das darf nicht dazu führen, dass wir unsere bittere Geschichte weniger ernst nehmen oder sogar verdrängen. Wir müssen darauf achten, dass die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus nicht verloren geht“, betonte Saleh. Denn Erinnern heißt Vorsorgen für eine offene und tolerante Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit. Saleh unterstrich: „Auch meine Generation und die meiner Kinder tragen Verantwortung für die Lehren aus unserer Geschichte. Die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland ist und bleibt für uns eine Frage der Haltung und der Überzeugung.“ Aussöhnung bedeutet für die SPD-Fraktion auch, Politik zu machen, die über Grenzen hinwegschaut und Verständigung und Zusammenarbeit fördert.

DIE KOLOBRGER RESOLUTION

Auf der Klausurtagung haben die Abgeordneten der Fraktion einstimmig die Kolberger Resolution beschlossen. Dabei handelt es sich um ein 10-Punkte-Programm für die Entwicklung des deutsch-polnischen Wirtschaftsraums. Es ist auf der Internetseite der Fraktion unter [www.spd-fraktion-berlin.de/klausurtagung-in-kolbrzeg](http://www.spd-fraktion-berlin.de/klausurtagung-in-kolbrzeg) zu finden.

„STADT DES AUFSTIEGS“ - ZUKUNFT BERLINS

Die Fraktion hat in Kolberg die Kernthe-



Raed Saleh unterwegs mit Bürgermeister Janusz Gromek und dem SPD-Landvorsitzenden Jan Stöß.

men für Berlin - Wachstum und Gerechtigkeit - debattiert. Bis zum Jahr 2030 wird die Stadt einer Bevölkerungsprognose zufolge um 250 000 Einwohnerinnen und Einwohner wachsen.

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beklagen das Wachstum unserer Stadt nicht, sondern wir nehmen die Herausforderung an“, sagte Raed Saleh. Er unterstrich: „Wir werden bei der Bildungsinfrastruktur und der sozialen Infrastruktur Anpassungen vornehmen.“ Dazu gehören zum Beispiel Schulentwicklungspläne, Zahl der Lehrkräfte und Wohnungsneubau. So wird angestrebt, bis zum Jahr 2020 rund 340 000 Wohnungen in Landesbesitz zu haben.

Die SPD-Fraktion wird zudem weiter einen klaren Schwerpunkt auf Bildung setzen. Mit einem Programm für Brennpunktschulen soll jungen Menschen der Aufstieg noch besser ermöglicht werden. „Eine gestaltende Politik für das Wachstum unserer Stadt ist auch eine Politik für Gerechtigkeit“, sagte Saleh.

Wenn Berlin im Aufstieg gestaltet werden soll, muss das Land auch handlungsfähig sein. „Dafür werden eine starke Verwaltung und die besten Köpfe im öffentlichen Dienst gebraucht“, sagte Saleh. Auf der Klausurtagung wurden deshalb die Anforderungen an eine Personalstrategie des öffentlichen Dienstes einstimmig beschlossen.

Saleh bekräftigte abschließend: „Wir freuen uns über das Wachstum der Stadt und wir heißen alle neuen Berlinerinnen und Berliner willkommen.“ Die Herkunft dürfe dabei keine Rolle spielen. „Ob aus Schwaben oder Spanien: Ich möchte, dass sich alle, die in Berlin wohnen, bei uns zu Hause fühlen.“ **CS**

➡ die Beschlüsse: [www.spdfraktion-berlin.de/klausurtagung-in-kolbrzeg](http://www.spdfraktion-berlin.de/klausurtagung-in-kolbrzeg)

## AG 60 plus:



AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf im Gespräch mit Jan Stöß. Foto: Duclos

## Vorrang für aktuelle Fragen

**Eigentlich stand die Seniorenpolitik auf der Tagesordnung der AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf. Aber im Gespräch mit dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß ging es vor allem um die aktuelle Situation.**

BER, Wahlen in Niedersachsen sowie das gemeinsame Papier von Klaus Wowereit, Raed Saleh und Jan Stöß „Berlin-Stadt des Aufstiegs“ waren so wichtig, dass die Sitzungszeit von zwei Stunden wie im Fluge verging. Die vier Kernpunkte des Papiers „Berlin-Stadt des Aufstiegs“ - Heimat für alle in einer Metropole von Welt, starke Wirtschaftskraft und solide Finanzen, Gute Bildung von Anfang an, mehr Wohlstand dank guter Arbeit - sehen wir als Fundament für die vor uns liegende Überzeugungsarbeit am Stand.

Jan Stöß hat zugesagt für das Thema Seniorenpolitik in naher Zukunft zur Verfügung zu stehen. **Norbert Wittke** □

## AG Selbst Aktiv:

## Barrierefreiheit erlernen

Kompetenzzentrum an der TU wird weiter benötigt

**Die AG Selbst Aktiv setzt sich für den Erhalt des Kompetenzzentrums „Barrierefrei Planen und Bauen“ an der TU-Berlin ein.**

Am Institut für Architektur der TU - Berlin gibt es seit 2003 im Fachgebiet „Entwerfen, Bauen des Gesundheitswesens“ das Kompetenzzentrum „Barrierefrei Planen und Bauen“. Maßgeblich aufgebaut und geleitet hat es Frau Dr. Kliemke, die auch eine Ringvorlesung zum Thema „Barrierefrei Planen und Bauen“ durchgeführt hat. Nun allerdings geht sie in den Ruhestand. Und weder für sie noch für das von ihr aufgebaute Kompetenzzentrum gibt es in der Universität bisher eine Nachfolge.

„Ein Erhalt dieses kompetenten Netzwerks ist jedoch unbedingt notwendig“, sagt Antje Szardning, Mitglied im Vorstand der AG Selbst-Aktiv in Berlin. „Vor allem die studentische Ausbildungsmöglichkeit

## SPD Berlin:

## „Sozis schlafen bei Sozis“

Zur 150-Jahr-Feier in Berlin werden Schlafplätze gesucht

**Wenn im August auf der Straße des 17. Juni das große Fest der SPD zur 150-Jahr-Feier stattfindet, dann werden SPD-Mitglieder aus ganz Deutschland anreisen. Mit einer Bettenbörse will die Berliner SPD dazu beitragen, dass möglichst viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Fest am Sonnabend, 17. und Sonntag, 18. August besuchen können. Das Motto lautet: „Sozis schlafen bei Sozis“. Im Internet ist dafür ein Formular eingerichtet worden.**

In den kommenden Wochen werden alle Berliner Genossinnen und Genossen aufgerufen, möglichst viele Unterkünfte und Schlafmöglichkeiten für das Wochenende im August zur Verfügung zu stellen. Interessante persönliche Begegnungen, spannende Gespräche und Gedankenaustausch sind die Belohnung.

Im Internetformular unter [www.spd-berlin.de/bettenboerse](http://www.spd-berlin.de/bettenboerse) kann das Angebot beschrieben werden. Wieviele Personen



Gesucht: Unterkunftsmöglichkeiten zur 150-Jahr-Feier der SPD in Berlin. Foto: Horb

können übernachten? Ist die Übernachtung an beiden Tagen (vom Freitag zum Sonnabend und vom Sonnabend zum Sonntag) möglich? Gibt es Besonderheiten zu beachten? Die Vermittlung der Angebote an die Gäste erfolgt durch den SPD Landesverband Berlin ab Mai. Um möglichst passgenau vermitteln zu können, werden auch Informationen zu eventuellen Haustieren (Allergie) oder im Feld Bemerkungen zur möglichen Barrierefreiheit der Unterkunft erbeten. **BS** □

➔ [www.spd-berlin.de/bettenboerse](http://www.spd-berlin.de/bettenboerse)

## Praktikum im Betrieb SPD

Laurent Brunkens Eindrücke

**Laurent Brunken, Schüler auf dem Georg-Büchner-Gymnasium in Lichtenrade und seit 2012 Jusogastmitglied, hat sein Praktikum im SPD-Landesverband absolviert. Hier seine Eindrücke.**

Als ich mich für mein Betriebspraktikum beworben hatte, hoffte ich am meisten, die Arbeit und den Aufbau der SPD kennenzulernen. Auch dass ich an vielen Sitzungen teilnehmen darf. Diese Hoffnungen wurden erfüllt. So konnte ich bei der Landesvorstandssitzung am 21.1.2013 dabei sein, wo ich viele bekannte Gesichter der Berliner SPD sehen konnte. Und durch die Aufgabe, eine Übersicht über die Jugendorganisationen der Parteien zu erstellen, lernte ich die politische Landschaft Berlins kennen.

Aber auch wie der Postversand der Partei funktioniert konnte ich an einem Tag erfahren: Wie werden Briefe voll automatisch gefaltet und wie kommen sie in den Umschlag? Der Leiter der Poststelle erzählte mir, dass jährlich über 200.000 Briefe an die Mitglieder versendet werden.

Im Willy-Brandt-Haus durfte ich an der Orgakomm der Jusos teilnehmen. Ich fand das Willy-Brandt-Haus sehr schön. Gut gefiel mir auch die große Statue von Willy Brandt, die am Eingang des Atriums steht.

Am Tag darauf habe ich mich über die Ergebnisse der Israelwahl informiert und die Bedeutung für den Friedensprozess daraus abgeleitet. An den letzten Tagen merkte ich, dass die Zeit hier sehr schnell vorbei war - es war ein sehr interessantes und lehrreiches Betriebspraktikum. □



Familienpolitik:

# „Eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit“

Im Interview: Fritz Felgentreu über die Ergebnisse der familienpolitischen Fachtagung

**Wie leben Familien heute, welche Wünsche und Vorstellungen haben sie, welche Erwartungen an die Politik? Wovon hängt der Wunsch nach Kindern heute ab, kann Familienpolitik die demografische Entwicklung beeinflussen? Diesen und etlichen weiteren Fragen ist die Berliner SPD auf einer familienpolitischen Konferenz am 18. und 19. Januar nachgegangen. Über die Ergebnisse sprach die BERLINER STIMME mit dem Initiator der Konferenz, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Fritz Felgentreu.**

**Berliner Stimme:** Herr Felgentreu, „wir werden weniger, älter und bunter“ - so ist auf der Konferenz die demografische Entwicklung in Deutschland beschrieben worden. Kann und soll Politik dem entgegensteuern oder einfach das Beste daraus machen?

**Fritz Felgentreu:** Es wäre schön, wenn wir so entspannt auf die Entwicklung reagieren könnten. Aber zu der Aufzählung „weniger, älter, bunter“ gehört leider auch noch „ärmer“ - die Kinderzahl hat sich nämlich seit den sechziger Jahren nicht nur halbiert. Sondern der Anteil der Kinder, die von Sozialleistungen leben, hat sich seitdem versiebzehnfacht. Aus deren Reihen gehen zugleich auch noch die Arbeitslosen von morgen hervor. Wenn wir also wollen, dass es auch in 20 Jahren noch genügend Menschen in Deutschland gibt, die unsere Renten und Sozialversicherungen erwirtschaften, ist das Ergebnis klar. Erstens brauchen wir mehr Kinder. Zweitens müssen viel mehr von unseren Kindern ihren Bildungsweg erfolgreich hinter sich bringen. Und drittens brauchen wir mehr Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften.

**Berliner Stimme:** Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum, eine Stadtentwicklung, die auf ihre Bedürfnisse eingeht, einen Arbeitsmarkt, der ihnen Zeit einräumt und eine Bildungspolitik, die allen Kindern gleiche Chancen eröffnet. Was bleibt dann eigentlich noch an Aufgaben für die Familienpolitik übrig?

**Fritz Felgentreu:** Die Aufzählung zeigt: Familienpolitik ist ein Querschnittsthema. Wir müssen also alle genannten Bereiche an den Bedürfnissen von Familien ausrichten, damit es vor allem den Paaren der Mittelschicht leicht gemacht wird, ja zum Kind zu sagen. In Ihrer Aufzählung fehlen sogar noch zwei ganz dicke Brocken: Gute Familienpolitik ist auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit - solange Kinder für Mittelschichtfamilien ein „Armutrisiko“



Fachtagung der Berliner SPD zur Familienpolitik mit dem Initiator und stellvertretenden Landesvorsitzenden Fritz Felgentreu.



Diskutierten über Familienpolitik: Podiumsteilnehmer Dr. Andreas Osner, Familiengerechte Kommune e. V., Dr. Birgit Glock, Stadt- und Regionalsoziologin, Ursula Fehling, ehemalige Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings. Dahinter: Fritz Felgentreu im Gespräch mit Uli Oel (SGK). Fotos: Horb

sind, werden weiterhin viele Eltern auf ein zweites oder drittes Kind verzichten. Und ein gutes Klima für Familien ist auch eine Frage der Mentalität. Das deutsche Sicherheitsdenken wirkt sich verheerend auf die Lust aus, lieber noch ein, zwei Kinder mehr aufwachsen zu sehen - vor allem in Verbindung mit der Vorstellung vieler Menschen, dass eigentlich nur eine Mutter, die zuhause bleibt, eine gute Mutter ist. Die Umfragen zeigen, dass mehr als sechzig Prozent der Deutschen das immer noch glauben. Über diese gesellschaftlich offenbar tief verankerte Form des Sexismus wird viel zu wenig gesprochen.

**Berliner Stimme:** Der Bildungsbereich ist weitgehend Sache der Länder. Ist das heute noch im Sinne der Familien?

**Fritz Felgentreu:** Es war nie im Sinne der Familien, dass der Bund für das Kindergeld und die Länder für die Schulen zuständig sind. Es ist Unsinn Bildungspolitik und Fa-

milienpolitik getrennt zu betrachten. Das beste Beispiel dafür ist das so genannte Betreuungsgeld. Als eine rein familienpolitische Maßnahme hört es sich vielleicht wie eine gut gemeinte Idee an. Aber der Staat bezahlt damit Eltern dafür, ihre Kinder von einer Bildungseinrichtung fernzuhalten. Dümmer geht's nicht: Deutschland setzt 2014 1,2 Milliarden ein, um Chancengerechtigkeit zu bekämpfen. Das kommt von der Mauer in den Köpfen, die zwischen der Bildungs- und der Familienpolitik aufgerichtet worden ist.

KANN EIN FAMILIENFONDS HELFEN?

**Berliner Stimme:** Sie haben auf der Konferenz das Modell eines gemeinsamen Fonds von Bund und Ländern vorgestellt. Wie soll der Fonds funktionieren, aus welchen Mitteln könnte er gespeist werden?

**Fritz Felgentreu:** Es gibt nicht nur eine Mauer in den Köpfen, sondern auch eine rechtliche Hürde: das Kooperationsverbot, das verhindert, dass der Bund Bildungspolitik in den Ländern finanzieren kann. Diese Hürde kann durch den Familienfonds umschifft werden. Bund und Länder müssten durch Staatsvertrag einen gemeinsamen Fonds zur Familien- und Bildungsförderung einrichten. Der Bund verpflichtet sich die Mittel bereitzustellen und ihre sachgemäße Verwendung zu überwachen. Die Länder beziehen anteilig Mittel aus dem Fonds, die sie nur für Familie und Bildung einsetzen dürfen - und zwar zusätzlich, nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern. Der Anteil eines Landes ergibt sich aus der Zahl der Kindergeld-Berechtigten. Woher das Geld kommt, ist dann eine Frage der Vereinbarung. Wenn nur die zurzeit für das Betreuungsgeld vorgesehenen Mittel dort einfließen, könnte Berlin daraus flächendeckend die Kita- und Schulspeisung kostenlos vorhalten. Mein Vorschlag wäre: Lasst uns die Betreuungsgeld-Mittel nutzen, um den Fonds zu schaffen, und später sehen, wie wir ihn nach und nach vergrößern können.

**Berliner Stimme:** Welche Bedeutung hat in der Politik für Familien die finanzielle Unterstützung, welche Bedeutung haben Verlässlichkeit, Sicherheit und Planbarkeit für Familien?

**Fritz Felgentreu:** Für Leute, die eine Familie gründen wollen, ist das Geld erstmal egal. Aber Mittelschicht-Eltern fangen spätestens beim zweiten Kind an zu rechnen: Reicht das Einkommen für die größere

Fortsetzung Seite 10

**Fortsetzung von Seite 9**

Wohnung? Sportverein, Musikunterricht, Nachhilfe? Die gemeinsame Urlaubsreise? Wenn Eltern die Angst haben, ein Kind nicht optimal fördern zu können, verzichten sie zu oft darauf, sich den Kinderwunsch mehrmals zu erfüllen. Dabei sind wir manchmal nicht gelassen genug. Nicht alles im Leben ist planbar. Aber für einen Mentalitätswechsel ist Politik nur indirekt mit zuständig. Und immerhin: die Planbarkeit erleichtern, das kann Politik, z.B. durch die Entlastung der Beschäftigten von zu hohen Abgaben, durch die Stärkung des Bildungswesens, durch bessere Schulen und qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung an Schule und Kita. Letztlich sind das Umverteilungsthemen, also die dicksten Bretter, die man zum Bohren über-



Frankreichs Botschaftsrat Jacques Simbsler, Dr. Jürgen Borchert, Richter am Landessozialgericht Darmstadt, Moderator Björn Eggert, MdA, und Swen Schulz.  
Foto: Horb

haupt nur finden kann. Aber wir müssen jetzt endlich damit anfangen. Sonst - das sage ich im Rückblick auf Ihre erste Frage -

holt uns die „griechische“ Krise schneller ein, als wir „Babyboom“ sagen können.

**Berliner Stimme:** Hat die Konferenz Ihre Erwartungen erfüllt? Wie fließen die Ergebnisse jetzt in die Arbeit der SPD ein?

**Fritz Felgentreu:** Die Konferenz hat in einem konstruktiven und solidarischen Diskussionsklima spannende Erkenntnisse gebracht. Der Landesvorstand muss jetzt zusammen mit dem Fachausschuss Jugend und Familie die Ergebnisse auswerten und die familienpolitischen Prioritäten festlegen. Auf dieser Grundlage kann ein Positionspapier entstehen, das als Leitantrag für den Landesparteitag erst in den Parteigremien beraten und dann beschlossen werden sollte. Im Jahr der Bundestagswahl wird das ein wichtiger Beitrag der Berliner SPD werden.

**Fragen: U. Horb** □

**Familienpolitische Konferenz:**

# Die Querschnittsaufgabe meistern

## Herausforderungen sind Kinderarmut und gute Bildungsangebote

**Gute Familienpolitik muss in viele Bereiche hineinwirken. Das wurde zum Auftakt der familienpolitischen Konferenz der Berliner SPD deutlich. Es geht um bezahlbaren Wohnraum, um sichere Arbeitsplätze mit vernünftigen Arbeitsbedingungen, um ausreichend Kitaplätze und frühe Förderung, um gute Schulen, die kein Kind zurücklassen, um Armutsbekämpfung. Verlässlichkeit und Planbarkeit sind weitere entscheidende Faktoren für Familien.**

In den ersten Vorträgen veranschaulichten Dr. Andreas Osner vom Verein Familiengerechte Kommune e.V. und die Stadt- und Regionalsoziologin Dr. Birgit Glock die demografische Entwicklung und die unterschiedliche Situation in den Berliner Stadtquartieren. Zwar sinkt die Bevölkerungszahl in Deutschland - im Schnitt ist jede Kindergeneration ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern -, Berlin als Metropole wächst dagegen weiter.

Staatssekretärin Sigrid Klebba wies auf der Konferenz auf die großen Anstrengungen beim Ausbau des Kitaangebots hin. Bis zum Jahr 2020 müsse mit einer Zuwanderung von 170.000 bis 220.000 Menschen gerechnet werden, das sei die Größenordnung eines Berliner Bezirks. „Manche kommen auch zu uns, weil wir eine familiengerechte Stadt sein wollen.“ Der Senat setze deshalb seine Anstrengungen fort, ein ausreichendes Angebot für frühkindliche Bildung zu schaffen.

Kinderarmut konzentriert sich in Berlin sehr stark in einzelnen Stadtgebieten. Liegt sie in manchen Quartieren bei nur 7 Prozent, so sind in anderen Bereichen der Stadt 70 Prozent der Kinder von Armut be-

troffen. Das kann zu weiterer Benachteiligung führen und zur Überforderung städtischer Einrichtungen. Darauf sind politische Antworten notwendig. „Vor diesem Hintergrund ist es berechtigt, von einem ‚Aufwachsen in zwei Welten‘ in Berlin zu sprechen“, so die Stadtsoziologin Birgit Glock. „Durch die räumliche Konzentration von Kindern aus armen und oftmals bildungsfernen Familien kann das Quartier zu einem weiteren Faktor der Bildungsbenachteiligung werden. Für die Politik bedeutet das, eine stärkere soziale Durchmischung in den Quartieren und in den Schulen anzustreben.“

Birgit Glock erinnerte daran, dass der soziale Wohnungsbau in der Vergangenheit auch zur sozialen Durchmischung beigetragen habe. Er sei für die Mitte der Gesellschaft konzipiert gewesen.

Diskussionsteilnehmer bestätigten die Beobachtung, dass die Segregation in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Soziale Brennpunkte verlagern sich in die Randbezirke. Es reiche nicht, bei der Schule anzusetzen, schon viel früher müsse der Entmischungsprozess verlangsamt oder gestoppt werden.

Die Entscheidung, ein Kind zu bekommen, hängt in den Familien von verschiedenen Faktoren ab. Dabei spielt die eigene finanzielle und berufliche Absicherung gerade in Mittelschicht- und Akademikerfamilien eine nicht geringe Rolle. „Je niedriger der berufliche Abschluss ist, umso mehr Kinder haben die Frauen zur Welt gebracht“, konstatierte Dr. Andreas Osner vom Verein „Familiengerechte Kommune e. V.“, einer Beratungseinrichtung für Städte und Landkreise. Es gelte, die Faktoren

Vollzeitarbeit und Kinderlosigkeit voneinander zu entkoppeln, forderte Osner. Dass Mütter zur Arbeit gingen, könne dabei durchaus Vorbildcharakter für Kinder haben. Auch in der Debatte wandten sich viele Rednerinnen und Redner gegen ein überholtes Mutterbild, das bei Frauen für ein schlechtes Gewissen Sorge, wenn sie sich nicht ausschließlich um ihre Kinder kümmern.

Während die Geburtenrate in Deutschland seit Jahren unter 1,4 liegt, liegt sie in Frankreich mit durchschnittlich 2 Kindern im europäischen Spitzenfeld. Frankreich fördert Familien mit 16 Wochen bezahltem Mutterschaftsurlaub für Angestellte und einem Kindergeld, das von 123,92 Euro für die ersten beiden auf 282,70 Euro ab dem dritten Kind ansteigt. Ab dem dritten Kind müssen Eltern, die über ein Durchschnittseinkommen verfügen, so gut wie keine Steuern zahlen. Botschaftsrat Jacques Simbsler berichtete vom System der Familienkasse in Frankreich, die Eltern bei den Betreuungsangeboten finanziell unterstützt. Geringverdiener zahlen gar nichts, andere bis zu 400 Euro im Monat.

Die Berliner SPD will die Anregungen, Ideen und Hinweise der Fachtagung jetzt auswerten, um ein familienpolitisches Gesamtkonzept zu entwickeln. Für die vielen unterschiedlichen Faktoren, die den Kinderwunsch beeinflussen, müssen ebenso viele Antworten gefunden werden. **uh** □

➡ Die BERLINER STIMME setzt die Debatte zur Familienpolitik in den kommenden Ausgaben fort. In der nächsten Ausgabe stellt der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz die Steuerpläne der SPD-Bundestagsfraktion vor.

Schwaben-Schelte:

# Schrippe, das ist Lebensart

## Wolfgang Thierse's Backwaren-Loblied im Schwabenland

Wolfgang Thierse hat in Rust bei Freiburg in der vergangenen Woche die Goldene Narrenschele der Vereinigung Schwäbisch-Alemannischer Narrenzünfte (VSAN) erhalten. Der Preis, der üblicherweise an Baden-Württemberger geht, wurde dem Berliner Bundestagsabgeordneten und , Bundestagsvizepräsidenten für seine „Schwaben-Schelte“ zuerkannt.

In einem Morgenpost-Interview in der Sylvester-Ausgabe hatte Thierse ironisch geantwortet, er müsse in seinem Wahlkreis allmählich als einer der letzten Heimatverbliebenen unter Artenschutz gestellt werden, schließlich seien 90 Prozent seiner Nachbarn im Kollwitzplatz-Kiez erst nach 1990 dort hingezogen. Er möchte auch weiterhin Schrippen sagen dürfen und nicht Wecken, Pflaumenkuchen und nicht Datschi. In Folge erreichten ihn mehr als 3000 Mails „mit Kritik und Belehrung, aber oft auch mit Beschimpfungen und Beleidigungen“, so Thierse. Mit der Verleihung der Narrenschele ist der Vorgang nun wieder im Bereich des Humors angelangt. Wolfgang Thierse bedankte sich reimend. Und staunte zunächst:

Mir war überhaupt nicht klar,  
dass es eine Narrenschar,  
scheinbar gäbe, ohne Frag'  
auch außerhalb vom Bundestag.

Frohgemut erläutert Wolfgang Thierse sodann die historische Entwicklung in Berlin und im Schwabenland und die unterschiedlich ausgeprägten Fähig- und Fertigkeiten. Denn die Schwaben haben einiges auf dem Kasten bzw. dem Kästle. Auszüge aus Wolfgang Thierse's Dankesrede:

Die Schwaben sind da viel, viel weiter  
und um einiges gescheiter.  
Sie entdeckten  
das Gesetz zur Erhaltung der Energie,  
die Relativitätstheorie,  
das astronomische Fernrohr dieser Tage,  
die Zeitung und die Neigungswaage,  
die Magnetzündung, den Zeppelin,  
die Rechenmaschine immerhin,  
die Zündkerze ging hier hervor  
und mit ihr der Benzinmotor,  
die Linotype-Setzmaschine, ja  
und auch die Mundharmonika,  
das erste Kraftfahrzeug im Gebrauch,  
Volkswagen und Motorrad auch,  
hier dieselte der Dieselmotor  
das Motorboot kam erstmals vor.  
Zuguterletzt sei dargestellt,  
ein Requisit der Damenwelt,  
wo Mode sich mit Charme verbindet  
und die Schwerkraft überwindet,  
dort trifft man als Formgestalter,



Wolfgang Thierse reiste zur Entgegennahme der Goldenen Narrenschele nach Rust.

im Ernstfall auf den Büstenhalter.  
Dies alles und noch viel, viel mehr  
kommt vom Schwabenlande her.

Da bleibt für die Berliner Sippe,  
zuguterletzt nur noch die Schrippe.  
Versteht ihr jetzt als Mensch und Christ,  
weshalb sie uns so heilig ist?  
Die Schrippe ersetzt uns jeden Orden,  
für eine Schrippe würd' ich morden,  
die Schrippe, das ist Lebensart,  
die Schrippe ist wie Himmelfahrt,  
die Schrippe ist Erotik pur,  
fast orgiastischer Natur,  
die Schrippe ist, wenn man so will,  
kulinarisches Liebespiel.  
Man braucht für den Erhalt der Sippe  
drei Dinge, eins davon heißt Schrippe.  
Auch sieht man in Berliner Kirchen viel  
zu Weihnachten ein Schrippenspiel.  
Schon Sokrates sprach: Die Xantippe,  
liegt im Bett mit einer Schrippe.

Die Schrippe überstand mit Donnerhall,  
zwei Kriege und den Mauerfall.  
Die Schrippe selbst ist hochbrisant,  
und nun im ganzen Land bekannt.  
Dank aufmerksamer Journalisten,  
hochaktuell auf allen Pisten,  
mit einem Spürsinn, der sich versiert,  
aufs Wesentliche konzentriert.  
Investigativ besprochen  
und äußerst fair bis auf die Knochen.  
Ich danke Euch ihr Journalisten:  
Ihr habt mich mit Macht,  
im Schwabenland beliebt gemacht.  
Nun werden Eltern scheint's in Haufen,  
ihre Kinder „Wolfgang“ taufen,  
und in Kirchen und Kapellen  
einen Wolfgang sich aufstellen,  
und meine Wohnung ist so eben,  
zum Ort der Wallfahrt freigegeben.  
Und das Kollwitzplätzle  
wird geschmückt - mit Spätzle. □

NETZ &amp; POLITIK

Wissenschaft verlangt nach Öffentlichkeit. Ohne sie ist kritische Diskussion und Erkenntnisfortschritt nicht möglich. Das Hauptmedium dafür bilden seit dem 17. Jh. wissenschaftliche Journale. Diese sind aber nicht nur Medium, sondern auch Ware, die von Verlagsunternehmen auf den Markt gebracht wird.

Während das Interesse der Wissenschaft im unbeschränkten Zugang zu Forschungsdaten und -ergebnissen besteht, liegt das der Unternehmen in Profitmaximierung. Solange nun der Weg zur Öffentlichkeit über Verlage führte, mussten sich Wissenschaftler mit diesem Konflikt abfinden. Mehr noch: Es ist üblich, dass Wissenschaftler für ihre Publikationen kein Geld erhalten und für die Verlage unentgeltlich Aufgaben als Herausgeber und Gutachter übernehmen.

Heute aber macht das Internet den Umweg über Verlage nicht nur entbehrlich; der Zeitschriftenmarkt ist auch dysfunktional: Faktisch diktiert ein weltweites Oligopol großer Verlagsunternehmen wie Elsevier oder Springer die Preise, die seit den 90er Jahren rasant steigen, was öffentliche Bibliotheken zunehmend belastet.

Hingegen weist etwa Elsevier Gewinnspannen von 36% aus. Ärgerlich daran ist, dass die Allgemeinheit nicht nur Forschung finanziert, sondern zusätzlich Geld in die Hand nehmen muss, damit die Ergebnisse zugänglich werden. Dagegen wendet sich seit der „Berliner Erklärung“ (2003) eine internationale Open-Access-Initiative, der in Deutschland Wissenschaftsorganisationen wie DFG, MPG usw. angehören.

„Open Access“ bezeichnet die Forderung nach (kosten)freier, weltweiter Zugänglichkeit von öffentlich finanzierter Forschung. Dazu wurden zwei Wege vorgeschlagen, der „grüne“ und der „goldene“. Ersterer besteht darin, dass man den Autoren das Recht gibt, ihre Texte nach 6-12 Monaten frei zugänglich zu machen. Letzterer sieht vor, gleich in OA-Journals zu publizieren und dazu „geschlossene“ Zeitschriften in „offene“ umzuwandeln. Perfekte Lösungen liefern aber beide Modelle nicht: „Grün“ bedeutet, dass Forschung nur mit Verzögerung zugänglich wird und die hohen Bezugspreise bestehen bleiben. „Gold“ hingegen legt die Kosten für Bibliotheken (Bezugspreise) auf Autoren (Publikationsgebühren) um.

Hierzulande jedenfalls steht OA noch am Anfang. Laut DFG liegt der Anteil der OA-Publikationen an deutschen Universitäten bei lediglich 5-10 Prozent.

Daniel Gruschke □

# Nacht über Berlin

ARD zeigt TV-Film und Dokumentation über die Geschichte des Reichstagsbrands

**Flammen lodern aus der Reichstagskuppel. Hitler kündigt seinen Gegnern einen gnadenlosen Kampf an. Die Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 schließt die Phase der Machtübernahme durch die Nazis ab, und es folgt das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Das Denken und Fühlen der Menschen in den Monaten zuvor erhellt der Fernsehfilm „Nacht über Berlin“, der am 20. Februar 2013 im Ersten zu sehen ist.**

Im Mittelpunkt stehen Albert Goldmann (Jan-Josef Liefers), Armenarzt im Berliner Arbeiterkiez Wedding sowie sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, und Henny Dallgow (Anna Loos) aus gutbürgerlicher Familie und von künstlerischen Ambitionen angetrieben. Die Beziehung der beiden ist spannungsgeladen von der Frage, was kann und was darf der jeweils andere wissen. Goldmanns Bruder gehört einem kommunistischen Kampfbund an und fordert Hilfe ein, ein gefährliches Unterfangen schon in der Endphase der Weimarer Republik. Wie die meisten Zeitgenossen nimmt auch Goldmann die politische Bedrohung durch die Nazis nicht ernst, bekommt aber die physische Gewalt mehr und mehr zu spüren. Henny Dallgow übernimmt Ende 1932 ein mondänes Ballhaus von Matze Belzig (Jürgen Tarrach), der in Deutschland als Jude keine Zukunft mehr sieht. Belzig öffnet Goldmann, des-



Vorwärts-Ausgabe nach dem Reichstagsbrand

sen Mutter Jüdin war, den Blick auf das arme jüdische Berlin. Albert und Henny sehen sich zunehmend Anpassungsdruck gegenüber. In Alberts Praxis kommen immer mehr Opfer von SA-Schlägern. Auch in Hennys Ballhaus dringen die braunen Horden ein, und sie muss Kompromisse machen. Tragische Verkettungen eskalieren an diesem 27. Februar 1933. Für beide, wie für das ganze Land.

Friedemann Fromm, Regisseur und Drehbuchautor, zeichnet in diesem Film seine Figuren glaubwürdig, zweifelnd und auch mutig, nicht klischeehaft, sondern

mit vielen Zwischentönen. Ihm geht es in diesem Film nicht darum, die Geschichte zum Reichstagsbrand in eine fiktive Spielhandlung umzusetzen, sondern mit seinen Figuren die Entwicklung während des halben Jahres zuvor deutlich zu machen. Dabei wird die gesellschaftliche Zerrissenheit jener Monate sichtbar: Die Reichen im Ballhaus, die bettelnden Kindern auf der Straße Brotreste zuwerfen, die Gleichgültigen, die wegschauen, wenn die SA zuschlägt, Juden, die im Kellerlokal ausgelassen eine Hochzeit feiern, indifferente Karrieristen, die sich der neuen Staatsführung zur Verfügung stellen und letztlich, die Unpolitischen und Resignierten.

„Der Film ist eine Fiktion, aber es hätte so passieren können.“ So schätzt ARD-Programmchef Volker Herres den Realitätsgehalt des Films ein und zählt die Verunsicherung in der Gesellschaft ebenso zu den treibenden Kräften der politischen Entwicklung wie die Armut und Not eines Großteils der Bevölkerung in jener Zeit. Für Jan-Josef Liefers zeigt die Geschichte, dass in derartigen Zeiten das Private nicht vom Politischen verschont bleibt. Zu seiner Rolle als Jude ohne religiöse Beziehung meint er: „Goldmann fühlt sich nicht als Jude. Zum Juden wird er erst durch die Nazis gemacht.“ Die Rolle der Henny Dallgow hat Anna Loos angesprochen, weil sie hier eine moderne Frau in der Weimarer Republik verkörpern konnte. „Die hat es ja damals gegeben. Allerdings haben die Nazis das wieder ins Gegenteil verkehrt.“

„Nacht über Berlin“ ist ein sehenswerter Film, der Zeitgeschichte einfühlsam mit emotionaler Erzähl dramaturgie präsentiert. Die Fakten vermittelt die anschließende Dokumentation „Hitler - Die ersten 100 Tage“.

**Gunter Lange** □

➔ „Nacht über Berlin“, Fernsehfilm, das Erste, 20. Februar 2013, 20.15 Uhr; Dokumentation ab 22 Uhr.

## Buch-Tipp:

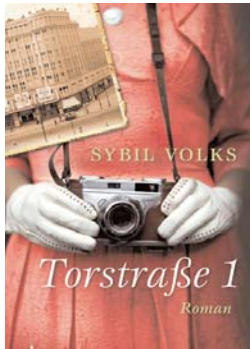
# Berliner Leben in der Torstraße 1

Ein Haus und achtzig Jahre Familiengeschichte

**Sybil Volks zeichnet in ihrem Roman „Torstraße 1“ Berliner Lebenswege über acht Jahrzehnte hinweg nach und verknüpft geschickt ihr Personaltableau mit einem imposanten Gebäude der Stadt, nämlich Torstraße Nr. 1.**

Die Zeitschiene im Roman beginnt 1929 mit der Eröffnung des Gebäudes als Kaufhaus für die weniger Betuchten, führt durch die Nazizeit mit der Arisierung des Hauses, das bald Zentrale der Hitlerjugend wird und leitet zum geteilten Berlin, in dem das Haus zunächst Sitz der SED und später des Instituts für Marxismus-Leninismus wird.

Schlusspunkt ist die Eröffnung als Soho-House im wiedervereinten Berlin. Im Roman tritt das Gebäude zugunsten der Hauptpersonen Elsa und Bernhard zurück und bleibt als zeitgeschichtliche Folie im Hintergrund. Die politischen Zeitläufte be-



Sybil Volks,  
Torstraße 1,  
Deutscher  
Taschenbuch Verlag,  
München, 2012, 400  
Seiten, Hardcover,  
19,90 Euro, ISBN:  
9783423280044

einflussen das Denken und Handeln der Romanfiguren. Die Autorin skizziert einfühlsam die verschlungenen Wege zweier Familien über die Generationen hinweg, sie vermeidet banale Milieubeschreibung, sondern entwickelt den Roman überzeugend zu einem filigranen Familiennetzwerk.

**Gunter Lange** □

## Gedenktage:

**1.2.1933 - vor 80 Jahren:** Gustav Lilienthal in Berlin verstorben. Geboren in Anklam 9.10.1849. Gedenktafel Marthastraße 5 (Lichterfelde), Wohnhaus von Gustav Lilienthal, der auch Begründer der Siedlung „Freie Scholle“ in Reinickendorf war. Grabstätte Parkfriedhof Lichterfelde, Thuner Platz, Abt. 18, Nr. 94/95.

**3.2.1988 - vor 25 Jahren:** Ella Kay in Berlin gestorben (\*Berlin 16.12.1895), Widerstandskämpferin, Stadtverordnete, Senatorin 1955-62, Städtälteste, Grabstätte Parkfriedhof Neukölln, Buckower Damm 148, Abt. 105-414

# Das „Gedächtnis der Stadt“ 2.0

Eine Internetseite präsentiert über 2800 Berliner Gedenktafeln

„Das Gedächtnis der Stadt“ - so lautete der Titel eines 1997 erschienenen Buches. Mit ihm hatte Holger Hübner erstmals eine breit angelegte und in mühevoller Kleinarbeit zusammengetragene Übersicht über die Erinnerungskultur Berlins vorgelegt. Mehr als 1700 Gedenktafeln und -steine wurden von ihm erfasst und beschrieben. Sie weisen auf Ereignisse und Persönlichkeiten hin, die für die Stadt von Bedeutung waren. Das Buch ist längst vergriffen. Aber es ist die Grundlage für eine neue Internetseite, die in der vergangenen Woche ans Netz ging.

Gut drei Jahre haben die Vorarbeiten in Anspruch genommen. Jetzt steht auf [www.gedenktafeln-in-Berlin.de](http://www.gedenktafeln-in-Berlin.de) eine erheblich erweiterte Übersicht der Berliner Gedenktafeln zur Verfügung. 2833 Einträge umfasste die Datenbank nach dem Start in der vergangenen Woche. Weitere Einträge folgen. „Am 8. Januar wurde bereits



Internetseite [www.gedenktafeln-in-berlin.de](http://www.gedenktafeln-in-berlin.de)

wieder eine neue Gedenktafel eingeweiht. Sie wird jetzt eingetragen“, sagt Holger Hübner. Weitere Gedenktafeln können von Nutzern der Internetseite mit Ortsangabe gemeldet werden.

Die Gedenktafel-Datenbank ist ein gemeinsames Projekt der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und des Vereins Aktives Museum Faschismus und Widerstand in

Berlin e.V. Die Datenbank kann nach den einzelnen Gedenktafeln, nach Personen oder Ereignissen durchsucht werden. Es gibt jeweils ergänzende Informationen und Daten und in vielen Fällen auch ein Foto. Holger Hübner: „Das Schöne an der elektronischen Form der Präsentation sind die damit verbundenen Möglichkeiten. Die Sammlung lässt sich problemlos erweitern und korrigieren, es werden Verknüpfungen mit anderen Sammlungen möglich. Belege und Nachweise können als Anhänge integriert werden, während das gedruckte Buch den Stand zum Zeitpunkt der Drucklegung wiedergibt und schon im Moment des Erscheinens eigentlich veraltet ist.“

Zusätzliche Informationen über verschwundene Gedenktafeln und ein Aufsatz von Volker Hobrack über Gedenktafeln in Ost-Berlin runden das informative Angebot ab.

U.H. □

➔ [www.gedenktafeln-in-Berlin.de](http://www.gedenktafeln-in-Berlin.de)

Aufklärung:

## Als Zeitzeuge im Gespräch

Schülerdiskussion mit Werner Salomon über die Lehren aus der Nazizeit

Wie war das damals eigentlich wirklich? Waren alle Nazis? Wie sah der Schulalltag aus? Derartige Fragen waren Thema einer Schülerdiskussion, die Altbürgermeister Werner Salomon kürzlich wieder mit 16jährigen Schülerinnen und Schülern seiner alten Schule - der Freiherr-vom-Stein-Schule - führte.

Werner Salomon war von 1937 bis in den Krieg hinein, also vor 75 Jahren, selbst „Stein-Schüler“ in einer von den Nationalsozialisten belasteten Zeit. Salomon: „Es ist richtig und notwendig, wenn noch lebende Zeitzeugen der Hitlerzeit - und es werden immer weniger - für Darstellungen, Erlebnisberichte, Gespräche und Diskussionen mit jungen Menschen zur Verfügung stehen! Es sind die heute über 80jährigen, die 12 Jahre Nazizeit noch hautnah erlebt und den Krieg überlebt haben - und sind so als lebendige Zeitzeugen wohl auch die besten Geschichtslehrer für jene Zeit, um darzustellen, dass sich derartige katastrophale geschichtliche Fehlentwicklungen wie damals von 1933 bis 1945 nie wieder in Deutschland wiederholen dürfen!“

Sicher ist es nicht ganz einfach, die damaligen Gegebenheiten und Gefühlswelten nachfolgenden Generationen, die im Schoße einer friedlichen Demokratie und im Wohlstand aufgewachsen sind, zu vermitteln. In einer Zeit, die am Überfluss von



Spandau Altbürgermeister Werner Salomon erhält regelmäßige Einladungen zu Zeitzeugengesprächen.

Informationen fast erstickt, ist es schwer verständlich zu machen, was es bedeutet, in einer Welt aufzuwachsen, in der eine gewaltige Propagandamaschine jede Wahrheit manipulieren kann und der Staat bestimmt, was seine Bürger wissen dürfen.

Mit kaum beschreibbaren raffinierten dialektischen Mitteln wurde das Volk - und insbesondere die Jugend - ideologisch systematisch missbraucht und das Propaganda-Trommelfeuer verfehlte seine Wirkung nicht, eben auch nicht auf Halbwüchsige.

Mit persönlichen Erlebnissen und Episoden aus der damaligen eigenen Schulzeit lässt sich ein anschauliches Bild über den damaligen Schulalltag entwickeln, der zweifellos von einem nationalsozialistischen Ungeist geprägt war (Fahnenappelle auf dem Schulhof oder in der Aula: „Ach-

tung zum Einmarsch der Fahne“, Bekenntnis zu Führer, Volk und Vaterland) und alles überragt von einem naziverrückten Schuldirektor.

Im Krieg, etwa ab 1942, wurden wir Jungen weiter durch das Hitlersystem missbraucht: Kriegsbedingter viermonatiger Ernteeinsatz auf dem Lande in Pommern und danach wurden wir 15 bis 16jährigen Oberschüler zum Kriegsdienst in der Luftwaffe als sog. „Flakhelfer“ eingezogen: „Kinder unter dem Stahlhelm“ - welche Perversion.

„Die entscheidende Frage“, so Werner Salomon, „die sich aus all dem Erlebten ergibt, welche Folgerungen, welche Lehren habe ich aus diesem Abschnitt meines Lebens gezogen? Nie wieder eine Diktatur auf deutschem Boden zulassen! Und so bemühe ich mich - mit anderen - gegen ein Vergessen zu engagieren, für eine wertorientierte Demokratie. Diese Demokratie zu verteidigen gegen extremistische Aktivitäten, derzeit vor allem gegen die Wiederbelebung nationalsozialistischer Parolen und Praktiken, aber auch gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt, und jüngeren Menschen anschaulich durch eigenes Erleben vor Augen zu führen, wo es endet, wenn Menschen mit Füßen getreten werden oder was aus ihnen gemacht wird, wenn die Gewalt verherrlicht wird.“

BS □

# Trauer um Inge Frohnert

**Inge Frohnert lebt nicht mehr. Am 21. Januar hat sie im Alter von 88 Jahren nach schwerer Krankheit für immer ihre Augen geschlossen. Das soziale Berlin hat einen unersetzlichen Verlust erlitten. Das ist eine traurige, sehr traurige Nachricht zum Beginn dieses Jahres.**

Inge Frohnert war eine der profiliertesten Sozialpolitikerinnen in Berlin. In vielen Jahren ehrenamtlicher und parlamentarischer Arbeit hat sie sich unermüdlich dafür eingesetzt, das Bild einer sozialen Stadt mitzugestalten. Immer war sie auf der Seite der Schwachen in unserer Gesellschaft. Immer war sie Ansprechpartnerin für die Belange älterer und behinderter Menschen. Sie war ein lebendiges Beispiel für rastloses ehrenamtliches Engagement. Ihre Kompetenz und ihre ruhige sachliche Art wurde von den betroffenen Menschen und von vielen sozialen Organisationen geschätzt.

Inge Frohnert, geboren am 23. März 1924 in Domnau/Ostpreußen, beendete ihre berufliche Laufbahn als Senatsrätin in der Senatsverwaltung für Finanzen. Ihre parteipolitische Tätigkeit begann 1967 in der SPD Spandau. Zahlreiche Ämter und Funktionen folgten: Kreisvorstand Spandau, fünf Jahre Bezirksverordnete, zehn Jahre Abgeordnete, Seniorenbeauftragte der Berliner SPD, Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses in der 9. Wahlperiode. Von 1994 bis 2002 war sie Landesvorsitzende der Berliner AG 6oplus und setzte die Gründerar-

beit des unvergessenen Karl Richter fort. Die Landesdelegiertenkonferenz wählte sie nach dem Ausscheiden aus dem Landesvorstand zur Ehrenvorsitzenden der AG 6oplus.

Als langjährige Vorsitzende des Arbeitskreises der Berliner Senioren hat sie sich regelmäßig um die Gestaltung der jährlichen Berliner Seniorenwoche verdient gemacht. Ihr unermüdliches Engagement wurde vielfach öffentlich gewürdigt. So erhielt sie 1999 die Goldenen Brosche des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Sie war Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, erhielt 2002 den Verdienstorden des Landes Berlin und als besondere Anerkennung am 3. Dezember 2008 die Würde der Stadtältesten von Berlin. In seiner Laudatio zur Verleihung sagte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit: „Wenn wir heute Inge Frohnert die Stadtältestenwürde verleihen, dann ehren wir jahrzehntelanges soziales Engagement in und für Berlin. Unzählige Menschen, Vereine, Verbände haben ihr viel zu verdanken.“

Jahrelang war sie Vorsitzende der europäischen Interessenvertretung der Senioren EURAG.

1984 gehörte sie zusammen mit Frau Tressenreuter vom Sozialwerk Berlin zu den Initiatoren der Gründung des Arbeitskreises Berliner Senioren ABS und der ersten bezirklichen Seniorenvertretung in Berlin Wilmersdorf. Mit ihrer Unterstützung aus ihrer Parlamentstätigkeit entstanden bis



*Inge Frohnert beim Empfang der AG6oplus 2011.*

zur Wende in allen westlichen Bezirken Seniorenvertretungen sowie die Landesseniorenvertretung Berlin LSVB und der Landesseniorenbeirat Berlin LSBB. Die Ausweitung der Interessenvertretungen der Seniorinnen und Senioren in die nach der Wende hinzukommenden Bezirke war weitgehend ihr Verdienst. Beim Ausscheiden aus dem Abgeordnetenhaus 1991 hinterließ sie uns die seitdem jährlich stattfindende Veranstaltung „Senioren debattieren im Parlament“. Im Jahr 2001 schrieb sie den ersten Entwurf für ein Seniorenmitwirkungs-gesetz, das im Jahr 2006 in Berlin als erstem Bundesland vom Abgeordnetenhaus verabschiedet wurde.

Die AG 6oplus und die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten trauern um ihre aufrechte Demokratin und unermüdliche Kämpferin für soziale Gerechtigkeit Inge Frohnert. Sie bleibt unvergessen.

**Werner Kleist, Landesvorsitzender der AG 6oplus** □

## GEBURTSTAGE

### Die Berliner Stimme gratuliert.

**20 Jahre:** Hannes Lars Fandrich 02.02. (Pa/12); Bastian Lübke 04.02. (Sch-Te/07); Sven Alexander Fleischer 07.02. (Fr-Kr/13); Lucas Rohde 15.02. (Nk/01); Adam Salman 15.02. (Sp/04); Patrick Hoffmann 17.02. (Mar-Hel/08); Parviz Daryoush Hekmatjou 21.02. (Wi-Ch/95); Leon Leinweber 21.02. (Sp/02);

**30 Jahre:** Christian Krüger 01.02. (Mi/13); Katina Cosmea Remmele 02.02. (Fr-Kr/15); Paul Kortländer 03.02. (Pa/12); Julia Schulz 08.02. (Nk/05); Anna-Katharina Meßmer 09.02. (Fr-Kr/04); Ellen Herschel 10.02. (Fr-Kr/15); Jan Nicolaysen 11.02. (Mi/02); Stephan Borrmann 14.02. (Mar-Hel/04); Stephan Lahl 14.02. (Wi-Ch/72); Judith Klose 15.02. (Fr-Kr/02); Silvia Popp 15.02. (Fr-Kr/04); Mariano Cerbino 15.02. (Mi/05); Franco Delle Donne 16.02. (Mi/06); Anja Gerecke 16.02. (Pa/11); Eddy Kruse 20.02. (Fr-Kr/13); Mustafa Kücükel 21.02. (Mi/09); Alexander Hillenberg 21.02. (Pa/08); Christopher Haarbeck 22.02. (Nk/01); Marisa Strobel

22.02. (Sch-Te/01);

**40 Jahre:** Andrea Bischoff 01.02. (Pa/15); Züleyha Erdem 02.02. (Nk/05); Sebastian Herker 03.02. (Wi-Ch/72); Nele Althoff 04.02. (Sch-Te/01); Christian Kaiser-Gernoth 05.02. (Sp/08); Christina Schildmann 12.02. (Fr-Kr/08); Matthias Seidel 22.02. (Sch-Te/01); Anja Winter 23.02. (Fr-Kr/08);

**50 Jahre:** Leman Bahadır 01.02. (Sch-Te/08); Katharina Zühlke 02.02. (Tre-Köp/05); Jörg-Harald Tänzer 05.02. (Sch-Te/01); Torsten Müller-Kolar 05.02. (Sch-Te/07); Volker Tepp 06.02. (Mi/06); Andrea Straka 08.02. (Fr-Kr/04); Matthias Schmidt 08.02. (Tre-Köp/05); Annette Hornung-Pickert 13.02. (Wi-Ch/73); Hans-Günter Kegel 14.02. (Sch-Te/07); Rebecca Weis 17.02. (Sch-Te/08); Frank Langer 17.02. (Mi/17); Matthias Krien 20.02. (St-Zeh/09); Sven Bergelin 20.02. (Rdf/03); Birgit Reuß 21.02. (St-Zeh/06); Andreas Brückner 22.02. (St-Zeh/04);

**60 Jahre:** Ulrika Zabel 01.02. (Wi-Ch/98); Rosemarie Dettmer 01.02. (Wi-Ch/94); Ingrid Fricke 02.02. (Sch-Te/08); Gert Sobolewski 05.02. (Wi-Ch/78); Dr. Dietrich Kalkum 06.02. (Wi-Ch/74); Elmer Weyer 06.02. (Sch-Te/04); Hans-Jürgen Miller 07.02. (Wi-Ch/78); Werner

Rohde 09.02. (Rdf/03); Engelbert Wistuba 10.02. (St-Zeh/08); Dieter Hoffmann 10.02. (Sch-Te/08); Joachim Freier 12.02. (Li-Hoh/04); Helmut Albrecht 15.02. (Rdf/02); Jutta Schemmer-Erling 15.02. (Rdf/02); Detlev Chilla 16.02. (Rdf/12); Norbert Petzold 17.02. (Mi/1); Andreas Scholz-Fleischmann 20.02. (St-Zeh/06); Horst Richter 21.02. (Rdf/07); Dagmar Roth-Behrendt 21.02. (Sp/05); Stephanie Bahleck 22.02. (St-Zeh/01);

**65 Jahre:** Nouredine Haji 01.02. (Rdf/18); Henry Mazatis 03.02. (Rdf/04); Barbara Steffenhagen 04.02. (Rdf/05); Hans-Joachim Franzen 06.02. (Sch-Te/07); Peter Weinhold 06.02. (Rdf/04); Dr. Gerhard Binkert 08.02. (Sch-Te/08); Wolfgang Heinrich 08.02. (Wi-Ch/97); Angela Jelen 09.02. (Pa/08); Hans-Udo Osterloh 09.02. (St-Zeh/07); Dr. Erhard Dirkwinkel 10.02. (St-Zeh/08); Elisabeth Engelmeyer 12.02. (Fr-Kr/08); Walter Sander 16.02. (Wi-Ch/96); Gunthara Behrendt 20.02. (Rdf/05); Werner Heilemann 20.02. (Wi-Ch/94); Joachim Scheer 21.02. (Sp/05); Ulrich Bornschein 23.02. (Wi-Ch/78);

**70 Jahre:** Gerd Löwede 05.02. (Rdf/18); Manfred Weiss 05.02. (St-Zeh/06); Stephan Jatzew 05.02. (Fr-Kr/15); Monika Borczyk 05.02.

(Pa/14); Bernd Mundt 06.02. (Sp/04); Helga Groener 06.02. (Sch-Te/04); Horst Hamann 06.02. (Mar-Hel/02); Jutta Werner 07.02. (Sp/03); Bärbel Hoffmann 08.02. (Rdf/02); Mehmet Niyazi Turgay 10.02. (Fr-Kr/08); Wolfgang Hahn 12.02. (Fr-Kr/04); Guntolf Gehlhaar 12.02. (Wi-Ch/94); Doris Meier 15.02. (Nk/10); Edith Jentzen 17.02. (Rdf/04); Marianne Heinemann-Knoch 19.02. (Sch-Te/06); Dietrich Jacobs 21.02. (Fr-Kr/15); Jürgen Behrend 22.02. (Wi-Ch/76) 70 J., Mitgl.s. 01.02.1961; Renate Troeger 23.02. (Sp/05);  
**75 Jahre:** Horst Meseberg 01.02. (Nk/12); Horst Bosetzky 01.02. (Rdf/03); Dr. Brigitte Schlösser 03.02. (Nk/12); Klaus Komm 03.02. (Sp/09) 75 J., Mitgl.s. 01.01.1963; Helga Koelling 07.02. (Nk/10); Horst Frehe 08.02. (Wi-Ch/97); Marianne Streitberger 10.02. (Rdf/03); Manfred Hildebrandt 11.02. (Nk/10), Mitgl.s. 01.01.1955; Hans-Joachim Jakob 12.02. (Wi-Ch/76); Lothar Köhler 12.02. (Tre-Köp/13); Dagmar Hecker 12.02. (Sp/04); Klaus-Joachim Spangenberg 14.02. (Mi/01); Maria Elisabeth Brommund-Hungerbühler 15.02. (Wi-Ch/95); Klaus Falter 16.02. (Wi-Ch/76); Ingrid Fielitz 22.02. (Rdf/18); Dieter Möbius 23.02. (Li-Hoh/01);  
**80 Jahre:** Eva-Maria Birth 02.02. (St-Zeh/03); Uwe Wesel 02.02. (Wi-Ch/95); Karl-Heinz Weber 10.02. (Nk/09); Otto Müller 12.02. (Rdf/07), Mitgl.s. 01.01.1961; Dr. Egbert Jancke 12.02. (St-Zeh/10);  
**85 Jahre:** Dr. Eberhard Grashoff 11.02. (Mi/03), Mitgl.s. 01.01.1948;  
**90 Jahre:** Hilde Koltermann 02.02. (Sch-Te/04), Mitgl.s. 01.12.1945; Klaus Passow 04.02. (Mi/10)  
**95 Jahre:** Helmut Link 10.02. (Sch-Te/02), Mitgl.s. 01.05.1964

## TRAUER

Wir trauern um:

**Eugen Weschke**, geb. 9.5.1932, gest. 26.12.2012, Abt. 06/02, Mitgl. s. 43 Jahren; **Kurt Glinde-mann**, geb. 27.9.1933, gest. 26.12.2012, Abt. 01/03, Mitgl. s. 18 Jahren.

## TERMINE

- 02.02.2013, 10:00 - 12:00 SPD Neukölln - Abt. Rixdorf, **Frühstück und Informationen für Arbeitslose**, Kiosk am Reuterplatz, Reuter-Ecke Weserstraße, 12047 Berlin
- 4.2. 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr: **Bürgersprechstunde Eva Högl** im Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de
- 5.2. 19.00 Uhr **Stammtisch Eva & Friends** mit Eva Högl, im Lindengarten, Nordufer 15, 13353 Berlin
- 05.02.2013, 19:30, Schwusos **Neukölln Schwuso Stammtisch**, Erika & Hilde, Weigandufer 9, 12045 Berlin
- 06.02.2013, 17:00 - 18:00, **Sprechstunde Ka-**

**rin Halsch, MdA** Lichtenberg, Bürgerbüro Karin Halsch, Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 06.02.2013, 19:30, Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e. V., **Ausstellung: Erzwungenes Finale – Ende der Vorstellung**, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin, Eintritt frei, Ausweis erforderlich

■ 10.02.2013, 10:00 Uhr - 12:00 Uhr. **Politischer Frühshoppen der SPD Treptow-Köpenick**. Ort: Ratskeller im Rathaus Köpenick

■ 13.02.2013, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Die Bedeutung der Kreativwirtschaft in Berlin**, Referenten: Björn Englert und Hanno Fischer, Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 13.02.2013, 17:30 - 18:30 Ole Kreins, MdA - Friedrichsfelde, **Sprechstunde**, Abgeordnetenhaus, Raum 575, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin. Weitere Sprechstunden auf Anfrage unter Tel. (030) 21 47 16 12.

■ 13.02.2013, 16.30-18.30 Uhr, **AG Selbst Aktiv-behinderte Menschen in der SPD**, Diskussion über das Wahlprogramm der SPD mit Mechthild Rawert (MdB) / Eckpunkte unserer AG, Nominierungen für die Berliner Landesliste der SPD und für den Vorstand der Bundes-AG Selbst Aktiv, AWO Landesvorstand, Blücherstr. 62, 10961 Berlin

■ 13.02.2013, 19:00, Thomas Isenberg, MdA | ASG - Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, **Krankenhaushygiene - Einblicke aus der Praxis**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 13.02.2013, 19.30, Ülker Radziwill, MdA | Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen ASJ, **Schöffenwahl 2013 - Mitverantwortung für den Rechtsstaat übernehmen**, mit Hasso Lieber, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 14.02.2013, 18:30 - 20:30, Fachausschuss Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, **Historische Dimensionen und aktuelle Perspektiven einer eigenständigen Jugendpolitik**, mit Richard Münchmeier, em. Prof. FU Berlin-Gangway, Schumannstraße 5, 10117 Berlin

■ 14.02.2013, 15:00 - 17:00 , **Sprechstunde der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel** - Charlottenburg-Wilmersdorf, SPD Wahlkreisbüro Goethestraße 15, 10623 Berlin. Anmeldung unter 313 88 82

■ 14.02.2013, 17:00 - 18:00 **Sprechstunde Frank Jahnke, MdA**, SPD Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10623 Berlin

■ 14.02.2013, Einlass 19:00 Uhr, Beginn 20:00 Uhr, anlässlich der Berlinale: **10. Filmabend im Willy-Brandt-Haus. Gezeigt wird der Film „Zaytoun“ des israelischen Regisseurs Eran Riklis**. Ihm gelingt es mit diesem Roadmovie, dem historischen Konflikt zwischen Israel und Palästina ohne falsche Sentimentalität einen Funken Hoffnung zu verleihen. Überraschungserfolg des Toronto Filmfestivals und des London Filmfestivals 2012. Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin.

■ 15.02.2013, 15:00 - 16:30, **Sprechstunde Franziska Becker, MdA**, Bundesplatz-Kinos, Bundesplatz 14, 10715 Berlin

■ 19.02.2013, 19.00 Uhr, **Fraktion vor Ort zum Thema NPD-Verbot** mit Dieter Wiefelspütz und Swen Schulz. Kulturzentrum gemischtes Staaken, Sandstr. 41, 13593 Berlin

■ 20.02.2013, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Finanztransaktionssteuer - mit Carsten Sieling, MdB**, Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages, Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 20.02.2013, 18:00 - 19:00 **Bürgersprechstunde Birgit Monteiro, MdA** + Kerstin Schwalski, BVV, SPD Kreisbüro Lichtenberg, Rathausstraße 7, 10367 Berlin

■ 20.02.2013, 18:30 - 21:00, Ole Kreins, MdA / Fachausschuss Mobilität, **Verkehrsinfrastrukturfinanzierung mit Sören Bartol**, MdB, verkehrspol. Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 26.02.2013, 19:00, AGS Spandau, **Das duale Schulsystem und die Ausbildungsreife von Schulabgängern**, mit dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz, SPD Kreisbüro Spandau, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin

## Stellenausschreibung

**Die SPD-Fraktion Treptow-Köpenick sucht als Mutterschutz/Elternzeitvertretung ab 1. April 2013 ein/e Fraktionsassistent/in mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von bis zu 18 Stunden. Die Stelle ist zunächst bis zum 31.12.2013 befristet.**

Die Aufgabenbereiche umfassen:

allgemeine Organisation des Fraktionsbüros und Vorbereitung der Fraktionssitzungen; Abrechnung der Fraktionsfinanzen; Verwaltung des Personals und der Personalmittelabrechnung; Pflege des Internetauftritts; Pressearbeit; Erstellung/Layout von Broschüren/Faltblättern und anderen Publikationen; politische Recherchen als Zuarbeiten; Organisation von öffentlichen Veranstaltungen; Korrespondenz mit Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung

Wir erwarten Zuverlässigkeit und Loyalität und eine teamorientierte flexible Arbeitskraft, die an den Montagabend stattfindenden Fraktionssitzungen anwesend ist und diese protokolliert. Kenntnisse der politischen Landschaft Berlins, insbesondere unseres Bezirks und eine SPD-Mitgliedschaft wären von besonderem Vorteil.

Eine aussagekräftige Bewerbung wird bis zum 28. Februar 2013 erbeten - per E-Mail an fraktion@spd-fraktion-tk.de oder per Post an Rathaus Treptow, Fraktion der SPD, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Für Rückfragen steht der Fraktionsvorsitzende Matthias Schmidt unter Tel. 030 / 2180 7724 oder matthias.schmidt@spd-fraktion-treptow-koepenick.de gerne zur Verfügung. **BS** □

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de) oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de).

# Auf zum Tingel Tangel

Mit der BERLINER STIMME am 2. März in die Vagantenbühne

**Die Berliner Stimme und das Kulturforum Stadt Berlin laden wieder zu einem Theaterbesuch ein: Am Sonnabend, dem 2. März haben wir 40 Karten für die Aufführung „Tingel Tangel“ in der Vagantenbühne reserviert.**

Das „Tingel Tangel“ war die Bühne Friedrich Hollaenders. 1931 eröffnete er sein Kabarett und Revuetheater in den Kellerräumen des Theaters des Westens, wo zehn Jahre zuvor auch Trude Hesterbergs „Wilde Bühne“ zu Hause war. Hollaender, der zuvor Revuen für Rudolf Nelson schrieb und für Marlene Dietrichs Erfolgstitel „Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt“ im „Blauen Engel“ sorgte, brachte im „Tingel Tangel“ zwei Stücke auf die Bühne, in denen er spöttisch mit dem Zeitgeist und der nationalsozialistischen Hetze abrechnete. So schrieb er das Chanson „An allem sind die Juden schuld“, das die antisemitischen Vorurteile auf den Punkt bringt. Hollaenders jüdische Abstammung zwang ihn 1933 Deutschland zu verlassen. Bis 1955 blieb er in den USA, kehrte dann nach München zurück.

In der Vagantenbühne, die wenige Meter vom alten „Tingel Tangel“ entfernt an der Kantstraße im Delphi-Haus liegt, läuft „Friedrich Hollaenders Tingel Tangel“ in der Regie von James Edward Lyons seit einiger Zeit recht erfolgreich. Ein junger Mann stößt - 80 Jahre nach dem Ende von Hollaenders Bühne - auf einen Keller voller staubbedeckter Kisten, Kulissen und Kostüme. Scurrile Figuren aus Friedrich Hollaenders Tingel Tangel Theater kommen ans Licht: die Trommlerin, die zersägte Dame, die Ahnfrau, das Nachtgespenst.

Die Berliner Stimme und das Kulturforum laden zu diesem Theaterbesuch zum ersten Mal in Kooperation mit der Freien Volksbühne Berlin. Damit können wir nicht nur von den besonderen Preisen der Besu-

cherorganisation profitieren. Die Freie Volksbühne übernimmt auch die Abwicklung der Kartenbestellung und sendet die Karten nach erfolgter Bezahlung per Post zu.

Damit nicht genug: Für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer besteht zudem bis zum Ende des Jahres die Möglichkeit, auch von allen anderen Angeboten der Freien Volksbühne Berlin als Korporatives Mitglied (beitragsfrei bis zum 31.12.2013) zu profitieren. Wer dann von den Vorteilen überzeugt ist, kann seinen Beitritt zur Freien Volksbühne zum Jahresbeitrag von 36 Euro erklären. Die korporative Mitgliedschaft endet sonst automatisch.

Die Freie Volksbühne war 1890 die erste kulturpolitische Massenorganisation der deutschen Arbeiterbewegung und sorgte für einen bezahlbaren Zugang zur Kultur. Heute bietet sie neben günstigen Karten für alle Spielstätten auch viele eigene Veranstaltungen an.

**BS** □

➔ Friedrich Hollaenders Tingel Tangel, Vagantenbühne, Sonnabend, 2. März 2013,

## KULTURTIPPS

**Vortrag zur Staatsoper.** Mit Dokumenten und Bildern lässt der ehemalige Technische Direktor der Staatsoper Klaus Wichmann am 11. Februar die 300-jährige Geschichte der Staatsoper Unter den Linden bis zum heutigen umstrittenen und teuren Bauprojekt Revue passieren.

➔ Freie Volksbühne Berlin, Montagskultur: Von der königlichen Hofoper zur Staatsoper, 11.02.2013, 19.30 Uhr. Karten kosten 5 bis 7 Euro.

**Ausstellung.** Im Willy-Brandt-Haus wird am 5. Februar die Ausstellung „Erzwungenes Finale – Ende der Vorstellung“ eröffnet.



Eingang zur Vagantenbühne neben dem Theater des Westens. Foto: Horb

Kartenpreis: 15 Euro (Karten der Kategorien I und II), wir bitten um rasche Anmeldung im Internet: [www.spd-berlin.de/kfi](http://www.spd-berlin.de/kfi) oder per Mail [berliner.stimme@spd.de](mailto:berliner.stimme@spd.de). Die Anmeldeinformationen geben wir zur Abwicklung an die Freie Volksbühne weiter. Sie erhalten dann eine schriftliche Buchungsbestätigung und die Mitgliedsunterlagen für die befristete korporative Mitgliedschaft bis zum 31.12.2013 von der Freien Volksbühne Berlin mit der Post zugesandt. Die Originalkarten werden dann ebenfalls an die jeweiligen TeilnehmerInnen inklusive Rechnung von der Freien Volksbühne Berlin versandt.

Mit ihr soll an die berühmten Bühnenkünstler, Schauspieler, Sänger, Kabarettisten und Regisseure in Deutschland erinnert werden, die in den 1930er Jahren aus politischen oder rassistischen Gründen mit einem Auftrittsverbot belegt waren, ins Exil getrieben oder ermordet wurden.

➔ Dienstag, 5. Februar, 19.30 Uhr, Begrüßung: Wolfgang Thierse, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie. Katherina Lange singt Lieder aus dem Ghetto, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin. Geöffnet bis zum 3. März.